



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

UN-Sicherheitsrat findet Kompromiss im Streit über grenzüberschreitende Hilfslieferungen Syrien lehnt den «politisierten Mechanismus» ab

von Karin Leukefeld, Bonn und Damaskus

Karin Leukefeld
(Bild Tilo Gräser)

Nach wochenlangem Streit darüber, ob der aus der Türkei nach Idlib führende «humanitäre Korridor» über den Grenzübergang Bab al-Hawa geschlossen werden soll, hat der UN-Sicherheitsrat am vergangenen Freitag einem Kompromiss zugestimmt.¹

Die neue UN-Sicherheitsratsresolution 2585 (2021) sieht die Fortsetzung der Hilfslieferungen zunächst für sechs Monate vor. Eine Verlängerung für weitere sechs Monate hängt von einem Bericht ab, den der UN-Generalsekretär nach einem halben Jahr vorlegen soll.

Darin soll erörtert werden, ob die Transparenz bei der Kontrolle der grenzüberschreitenden Hilfslieferungen gewährleistet ist. Konkret sollen Details über den Verteilmechanismus vorgelegt werden, die Anzahl der Hilfsempfänger, genaue Angaben über die Partnerorganisationen in Idlib, die in die grenzüberschreitenden Hilfslieferungen eingebunden sind, Ortsangaben, wo Hilfslieferungen gelagert und von wo sie verteilt werden, den Umfang und genaue Angaben über die Art der Hilfe. Darüber hinaus soll der Bericht Auskunft über die Fortschritte aller erforderlichen Massnahmen für innersyrische «frontüberschreitende» Hilfslieferungen und über die Entwicklung von «frühzeitigen Erholungsprojekten» geben.

30 Minuten Debatte

Die US-amerikanische UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield freute sich darüber, dass die USA und die Russische Föderation sich in einer zentralen Frage im UN-Sicherheitsrat geeinigt hätten. Der Kompromiss sei über die konkrete Frage hinaus wichtig für die ganzen Vereinten Nationen, so die Botschafterin. Man habe gezeigt, «wir können mehr als nur reden».

Ähnlich zufrieden zeigte sich der russische UN-Botschafter Vassily Nebensja. Russland sei zufrieden, dass der Rat in der komplexen Angelegenheit Übereinstimmung gefunden habe. «Dafür sind wir dankbar», so Nebensja. Die US-Delegation habe «im Geist der Verpflichtungen gearbeitet, die während des Treffens zwischen den Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden» in Genf erreicht worden wären, hiess es in einem nicht-offiziellen UN-Protokoll der Ratssitzung. Die Annahme der neuen Resolution mache den Weg frei dafür, dass der grenzüberschreitende Mechanismus durch frontüberschreitende Hilfsmassnahmen innerhalb Syriens ersetzt werde. Das entspräche den Grundprinzipien des Humanitären Völkerrechts der Vereinten Nationen.

Die britische UN-Botschafterin Barbara Woodward bezeichnete Syrien weiterhin als eines der gefährlichsten Länder für humanitäre Hilfsarbeiter und forderte, mehr für deren Sicherheit innerhalb des Landes zu tun. Die mexikanische UN-Botschafterin Alicia Guadalupe Buenrostro Massieu begrüsst, dass die Fortsetzung der grenzüberschreitenden Hilfe über Bab al-Hawa «Sicherheit für die Planung und den Etat der Hilfslieferungen» biete. Der französische UN-Botschafter Nicolas de Rivière bedauerte, dass nur einer statt der geforderten drei Grenzübergänge zumindest befristet offengehalten werden solle. Er beharrte

erneut darauf, dass Frankreich und seine europäischen Partner keinen Wiederaufbau in Syrien finanzieren und auch die Sanktionen nicht aufheben würden, bevor in Syrien nicht die UN-Sicherheitsratsresolution 2254 (aus dem Jahr 2014) glaubwürdig umgesetzt werde. Wie seine mexikanische Vorrednerin lehnte de Rivière es ab, dass der Bericht des UN-Generalsekretärs nach sechs Monaten Details über Partnerorganisationen benennen solle.

Der indische UN-Vertreter T. S. Tirumurti forderte dagegen umfassende Unterstützung für alle Einwohner Syriens, das einst «Dreh- und Angelpunkt arabischer Kultur» und eine führende Stimme in der Region gewesen sei. Diskriminierung, Vorbedingungen und die Politisierung von Hilfe für Syrien müssten ein Ende haben. Die verabschiedete Resolution 2585 leiste Hilfe für die Menschen im Nordwesten Syriens, doch der Sicherheitsrat müsse sich auch dem Rest des Landes widmen, das dringend Wiederaufbauhilfe benötige. Stabilität werde es nur geben, wenn die Souveränität und territoriale Integrität Syriens erhalten bleibe. Nur das werde gewährleistet, dass ausländische Akteure die Lage in Syrien nicht weiter destabilisieren könnten.

Ähnlich äusserte sich der chinesische UN-Vertreter Zhang Jun. Die grenzüberschreitenden Hilfslieferungen basierten auf einer Ausnahmeregel, die politisch und juristisch umstritten sei. Sie müsse endlich zugunsten der innersyrischen Hilfslieferungen beendet werden. Die einseitigen Sanktionen (von EU und den USA) gegen Syrien seien allerdings das grösste Hindernis, um die humanitäre Lage im Land zu verbessern.

Wer erhält die Hilfe?

Nach OCHA-Angaben erreichen monatlich mehr als 1000 Lastwagen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten «und anderen Dingen» die Provinz Idlib. Sie passieren den Grenzübergang Bab al-Hawa, der auf der einen Seite von der Türkei und auf der anderen Seite von Hay'at Tahrir al-Scham (HTS) kontrolliert wird. Die Hilfslieferungen über Bab al-Hawa sind ausschliesslich für Idlib und für die Gebiete Afrin, Azaz und Jbeil Saman in der nordwestlichen Provinz Aleppo gedacht. Diese Gebiete werden von der Türkei und von bewaffneten dschihadistischen Regierungsgegnern kontrolliert. Westliche Medien und Politiker sprechen von «Rebellen».

Afrin ist seit Januar 2018 von der Türkei und einer Armee aus Dschihadisten besetzt, die zuvor Krieg in Aleppo, Homs und Damaskus geführt hatten. Bevor diese Truppen in Afrin einfielen, lebten dort bis zu 300 000 syrische Kurden. Heute leben diese als Inlandsvertriebene in Lagern von Tell Rifaat oder in Scheich Maksud, einem kurdischen Viertel unter Selbstverwaltung im Norden der Stadt Aleppo. Für sie ist die «grenzüberschreitende Hilfe» nicht gedacht.

Die Stadt Azaz ist seit Beginn des Krieges 2011 Basis für westliche Intervention im Namen der Humanität. Über die nahe am syrisch-türkischen Grenzübergang Bab al Salam gelegene Stadt wurden Waffen, Kämpfer und Hilfsgüter eingeschleust. Die deutsche Organisation «Grünhelme» war seit Sommer 2012 in Azaz ganz vorne mit dabei. Inzwischen gilt Azaz als Hauptquartier der vom Westen unterstützten «Exilregierung», die vom Nationalrat für revolutionäre und oppositionelle Kräfte Syriens (Etilaf) mit Sitz in Istanbul ins Leben gerufen wurde.

Idlib wird von HTS kontrolliert. Die Organisation war zuvor als Nusra-Front bekannt, einer Abspaltung des «Islamischen Staat im Irak und in der Levante» (ISIS) und syrischer al-Kaida-Ableger. Führer von HTS und den verschiedenen Vorgängerorganisationen ist seit Beginn des Krieges durchgängig der in Saudi-Arabien geborene Syrer Abu Mohammad al-Jolani. 2003 schloss er sich al-Kaida im Irak (AQI) an und wurde schliesslich Kriegsgefangener der US-geführten Koalition gegen den Irak. 2008 kam er aus dem von Grossbritannien geführten Gefangenenlager Bucca Camp in Basra frei und baute gemeinsam mit Abu Bakr al-Baghdadi den zwischenzeitlich zerschlagenen Islamischen Staat im Irak wieder auf. Dieser wurde zum Islamischen Staat im Irak und in der Levante (ISIL). Al-Jolani ist ein international gelisteter islamistischer Terrorist, die USA hat für seine Ergreifung eine Belohnung von 10 Millionen US-Dollar ausgeschrieben.

Inzwischen bietet sich al-Jolani dem Westen als «Partner gegen Assad» an. Im Dezember 2015 wurde al-Jolani, damals noch Anführer der Nusra-Front und in Kampfkleidung, ausführlich vom katarischen Nachrichtensender al-Jazira interviewt. Im Februar 2021 folgten zwei weitere ausgiebige Interviews al-Jolanis mit dem US-Fernseher PBS und dessen Frontline-Journalisten Martin Smith. Dieses Mal trug der Kämpfer Anzug und weisses Hemd ohne Krawatte und erklärte, er wolle mit dem Westen Beziehungen aufnehmen. Er bot den USA an, seinen Kampfverband HTS in den Dienst der westlichen Allianz zu stellen, um gegen Assad und dessen Verbündete Russland und Iran zu kämpfen. Passagen aus dem Interview wurden in dem PBS-Filmbeitrag «The Jihadist»² veröffentlicht.

Al-Jolani hat nach eigenen Angaben 10 000 Mann unter Waffen, die er dem Westen als Verbündete anbietet. Die von HTS installierte «Erlösungsregierung» rekrutiert mittlerweile junge Männer aus Familien, die als Inlandsvertriebene in Idlib Schutz vor dem Krieg gesucht hatten, sich aber nicht als Anhänger der HTS-Ideologie sehen. Wer in Idlib weiterhin den syrischen Staat unterstützt, wird verfolgt.

Humanitäre Korridore stärken Macht der Dschihadisten

Die von UN-Diplomaten und westlichen Staaten und deren Hilfsorganisationen eingeforderten humanitären Korridore nach Idlib nutzen direkt HTS und al-Jolani und festigen seine Macht. HTS kassiert Zollgebühren von den Lastwagen, die über Bab al-Hawa nach Idlib fahren. Die Hilfsgüter stellen der Bevölkerung eine Basisversorgung sicher, um die HTS und seine Unterstützer sich nicht kümmern müssen. Gleichzeitig profitieren die Familien und Unterstützer von HTS-Kämpfern und Funktionären ebenfalls von der Hilfe. Neu entstandene Firmen in der Computer-, Telefon-, Strom- oder Wasserversorgungsbranche unter



Der UN-Sicherheitsrat hat sich am 9. Juli darauf geeinigt, dass der Grenzübergang Bab al-Hawa zunächst offen bleibt. Die anderen Grenzübergänge sind geschlossen. (Graphik vecteezy.com/zf)

HTS-Kontrolle profitieren von der Sach- und finanziellen Wiederaufbauhilfe, die u. a. über den «Syrischen Wiederaufbaufonds» (SRTF) nicht nur nach Idlib gelangt. Verwaltet wird das Geld von der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), verteilt wird es gemäss vertraglicher Vereinbarungen, die die KfW mit der «Nationalen Koalition der revolutionären und oppositionellen Kräfte Syriens» (Etilaf) mit Sitz in Istanbul geschlossen hat.

Obwohl die Organisation und ihr Anführer al-Jolani international als terroristisch gelistet sind, bestehen zwischen ihnen und der Türkei, Etilaf und den westlichen «Freunden Syriens» wie den USA, Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, Saudi-Arabien, Jordanien und anderen Staaten bereits enge Beziehungen. Die USA und ihre Partner in Europa, in Israel und am Arabischen Golf unterstützen in Idlib und im Umland von Aleppo Kräfte, die einen «Islamischen Staat» gründen und von Syrien abspalten wollen. Im Nordosten Syriens fördern sie eine «Euphrat-Provinz», die vom syrischen Öl, Weizen, Wasser und der Baumwolle profitieren soll. Der Nato-Partner Türkei kolonisiert derweil Teile Nordsyriens und bildet mit Dschihadisten eine neue Armee.

Eine riesige Operation

Wenige Tage vor der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat hatte der EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenprävention Janez Lenarcic Bab al-Hawa einen Besuch abgestattet. Es gäbe keine «realisierbare Alternative» zu dem Grenzübergang, sagte er. «Es ist eine riesige Operation».³

Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes ist Deutschland «zweitgrösster humanitärer Geber» bei der humanitären Hilfe für Syrer in Syrien und in Lagern in den Nachbarländern. Im Jahr 2020 hat die Bundesregierung 672 Millionen Euro bereitgestellt, mehr als 102 Millionen Euro für den Nordwesten des Landes. Im Rahmen der Brüsseler Geberkonferenz für Syrien und die Nachbarländer machte Deutschland mit 1,738 Milliarden Euro die grösste Zusage und wird auch in Zukunft einen substantiellen Beitrag zur Finanzierung der von den Vereinten Nationen erstellten Hilfspläne leisten.

Fortsetzung auf Seite 2

Wölfe in der Schweiz – der Bundesrat muss handeln!

Offener Brief des Vereins Schweiz zum Schutz der ländlichen Lebensräume vor Grossraubtieren (Bern)
an Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vom 6. Juli 2021

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Vertreterinnen und Vertreter der Bergkantone fordern Sie als Vorsteherin des zuständigen Bundesamtes für Umwelt (BAFU) mit aller Dringlichkeit auf, rasch Massnahmen gegen die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes zu ergreifen. Die Lage in den betroffenen Regionen droht vollends ausser Kontrolle zu geraten. Im Kanton Graubünden und in weiteren Kantonen herrschen Zustände, vor denen wir seit Jahren warnen und die nun trauriger Alltag sind:

- Stark ansteigende tödliche Angriffe auf geschützte Schafherden und notfallmässige Abalponen bereits anfangs der Weidesaison, wie jüngst in den Regionen Klosters oder im Goms.
- Angriffe auf Kuhherden, die zu Panik und Abstürzen führen.
- Mögliche Begegnungen mit dem Wolf zu jeder Tages- und Nachtzeit.
- Umherstreifende Wolfsrudel in und um Dörfer, ohne Scheu vor dem Menschen und seiner Habe.

- Rindviehhaltung in artgerechten Laufhöfen ist kaum mehr sicher zu betreiben.
- Der Herdenschutz aufwand steigt unaufhörlich. Die Schäden nehmen auch auf geschützten Wiesen und Alpen weiter zu.
- Alpine Tourismusregionen werden für den Menschen unsicher.

Es besteht dringender Handlungs- und Klärungsbedarf in zahlreichen Punkten, welche im Rahmen der vergangenen Verordnungsanpassung nicht behandelt worden sind, so in den Bereichen

- Schutz und Sicherheit der Bevölkerung,
- Schaffung von Vorranggebieten für Nutz- und Wildtiere,
- präventive Regulation der Wolfspopulation,
- saubere Definition von schützbaaren und nicht schützbaaren Weidegebieten mit der Validierung der kantonalen Alplösungen durch das BAFU,
- vollständige Abgeltung von Herdenschutzmassnahmen und Auszahlung der Sömme-

rungsbeiträge trotz vorzeitiger Abalpon nach Wolfsangriffen,

- Unterstützung der Tourismusregionen zum Schutz der Gäste und Sicherung der Wanderwege,
- Durchsetzung des Schweizer Antrags zur Rückstufung des Schutzstatus des Wolfs in der Berner Konvention.

Wie der Bundesrat in seinen Antworten auf die Vorstösse aus dem Parlament darlegte, wird im Herbst 2022 eine Grundlagenstudie der *Agroscope* erwartet, die den notwendigen Handlungsbedarf bezeichnen und Massnahmen vorschlagen wird. Im Herbst 2023 wird der Bundesrat dann einen dazugehörigen Bericht publizieren. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs fühlt sich die betroffene Bevölkerung mit der Aussicht auf einen Bericht in zwei Jahren alleine gelassen und nicht ernst genommen. Es braucht jetzt praxisorientierte Lösungsansätze, die beispielsweise im Rahmen von geografisch und zeitlich begrenzten Pilotprojekten erprobt werden können. Die Ergebnisse der Pilotprojekte schaffen

die nötigen Grundlagen für schweizweit wirkungsvolle Massnahmen.

Ohne die Möglichkeit und die Perspektive, den weiter massiv zunehmenden Wolfsangriffen etwas entgegenzusetzen, werden die betroffenen Berggebiete in kurzer Zeit ausbluten. Die Offenhaltung und Pflege der artenreichen Bergweiden sind in Gefahr. Es droht die Verbuschung ganzer Talschaften und der einhergehende Verlust der Biodiversität.

Wir möchten deshalb mit Ihnen, Frau Bundesrätin, möglichst rasch in einen Dialog treten, und Ihnen unsere Anliegen aus erster Hand darlegen. Ferner würde es uns freuen, Ihnen mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen, welche die Alp- und Weidewirtschaft im Umgang mit dem Wolf unterstützen könnten. Wir freuen uns auf eine Einladung.

Freundliche Grüsse

NR Monika Rüeegg

(Co-Präsidentin IG-Sicherheit),

Georges Schnydrig und Germano Mattei

(Co-Präsidenten VSLVGR)

Wer bestimmt die Werte in der «Wertegemeinschaft» EU?

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

17 EU-Staatschefs haben kürzlich in einem Brief an die EU-Kommission ein vom ungarischen Parlament erlassenes «Gesetz über Massnahmen gegen Pädophilie und zum Schutz von Kindern» kritisiert. Das Gesetz diskriminiere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung und sei deshalb inakzeptabel. Die Staatschefs forderten die Kommission als «Hüterin der Verträge» auf, die Einhaltung des EU-Rechts sicherzustellen. Daraufhin erklärte Kommissionschefin Ursula von der Leyen, das ungarische Gesetz verstosse «gegen fundamentale Werte der Europäischen Union» und sei «eine Schande». Sie kündigte ein mögliches Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn an.

Zu diesem Vorgang stellen sich für die Schweizer Juristin einige Fragen: Worum geht es im angeprangerten Gesetz? Die EU

hat 27 Mitgliedsstaaten: Was ist die Meinung der (neben Ungarn) anderen neun Staaten, die den Brief nicht unterzeichnet haben – oder anders gefragt: Wer bestimmt die Werte in der «Wertegemeinschaft» EU? Und wie gehen die EU-Spitzen mit der Vielfalt der Kulturen in der Union um?

Worum geht es im ungarischen Kinderschutz-Gesetz? Das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder

Was genau drinsteht, ist nicht leicht zu erfahren, wenn man nicht ungarisch versteht, denn in den Medien werden tatsächliche Gesetzesinhalte mit freier Auslegung und emotionalen Kommentaren wie Chruut und Rüebli gemischt. Herausfiltern kann man, dass es um den Schutz von Kindern und Jugendlichen geht. Das Gesetz verbietet Drucksachen und Videos über nicht heterosexuelle Aktivitäten, die sich an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wenden. Auch die Werbung bei Minderjährigen für Homo- und Transsexualität sowie für Geschlechtsumwandlungen ist untersagt. Für Erwachsene ab 18 Jahren gibt es keine Einschränkungen.

Was ist das Ziel des Gesetzes? Regierungschef Viktor Orbán erklärt gemäss der deutschen *Tagesschau*, das Gesetz richte sich nicht gegen Homosexualität, er selbst verteidige die Rechte von Homosexuellen. Vielmehr sei der Sinn der Regelung, dass der ungarische Staat das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder anerkennt. Eltern haben zum Beispiel in bezug auf die Sexualität das Recht zu entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen.¹ Viele Menschen in Europa, auch in der Schweiz, teilen dieses Verständnis von Erziehung.

Demokratische Wertedebatte zwischen den Mitgliedsstaaten ist zu gewährleisten

17 EU-Staatschefs haben Ungarns neues Gesetz kritisiert, davon lediglich zwei aus Osteuropa (Estland und Lettland). Das heisst, neun Regierungen haben den Brief an die EU-Kommission nicht unterschrieben: Bulgarien, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Malta. Einige, wie Polen und Slowenien, stellen sich offen an Ungarns Seite. Das zeigt, dass die Auffassungen in den verschiedenen Kulturen zu Fragen der Familie und der Kindererziehung unterschiedlich sind.

Der ungarische Jurist und Publizist Soma Hegedős schreibt dazu: «Die grosse Frage ist, ob Ungarn oder ein anderer Mitgliedsstaat in dieser Situation noch das Recht hat, als Mitgliedsstaat der Europäischen Union eine bestimmte politische Ansicht in diesen Fragen zu vertreten.»² Hegedős weist darauf hin, dass «die Europäische Union auf der Grundlage völkerrechtlicher Verträge geschaffen wurde, nach denen die Mitgliedsstaaten – im Rahmen eines Staatenbundes – bestimmte Werte als gemeinsam akzeptieren [Art. 2 EUV], aber gleichzeitig ihre eigene verfassungsrechtliche Identität bewahren» [Art. 3 und 4 EUV].³

Weil die Mitgliedsstaaten die Gründungsverträge der Europäischen Union als gleichberechtigte Vertragsparteien unterzeichnet haben, «muss die Möglichkeit einer demokratischen Wertedebatte zwischen den Mitgliedsstaaten respektiert und gewährleistet werden», so erklärt Soma Hegedős die Rechtslage.

Alle EU-Staaten sind gleich, einige aber sind gleicher (frei nach George Orwell)

Im eklatanten Gegensatz zur Rechtslage steht der heutige Umgang mit unterschiedlichen kulturellen Wertvorstellungen in der Europäischen Union. Einige westeuropäische Regierungen haben sich emporgeschwungen, um anderen Ländern ihre Sichtweise der «gemeinsamen Werte» aufzudrücken. Manche Ausdrücke, die gegenüber Ungarn verwendet werden, haben in einem Staatenverbund, der sich dem Frieden in Europa verschrieben hat, nichts verloren. Neben Kommissionspräsidentin von der Leyen, die in sämtlichen Medien in und ausserhalb Europas zu hören war («Dieses Gesetz ist eine Schande.»), erklärte Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn, bei Orbán sei «Hopfen und Malz verloren», er werde «nicht mehr auf die europäische Schiene kommen». Dies ist leider ein passendes Bild: Wenn 27 Staaten auf eine «europäische Schiene» geschleust werden sollen, gibt es keinen Platz mehr für verschiedene Spurbreiten. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte befand sogar, Ungarn habe in der EU nichts mehr zu suchen (*dpa News* vom 25. Juni 2021).

Wie man unbotmässige Mitgliedsstaaten auf die «europäische Schiene» zwingt

Ungarn aus der EU hinausschmeissen können die Machthaber in Brüssel zwar nicht ohne weiteres, aber sie haben andere Strafmechanismen erfunden: den Entzug der Stimmrechte zum Beispiel, wenn der Europäische Rat einstimmig feststellt, dass «eine schwerwiegende und anhaltende Verletzung der in Artikel 2 genannten Werte durch einen Mitgliedsstaat vorliegt» (EUV Art. 7 Abs.2 und 3). Das heisst, es bräuchte die Stimmen sämtlicher Regierungschefs der anderen 26 Staaten, um Ungarn in die Knie zu zwingen.

Neuestens haben der Rat und das Parlament der EU aber noch einige Zacken zugelegt: Am 16. Dezember 2020 einigten sie sich auf einen «neuen Mechanismus», «der es der EU erlauben soll, Zahlungen an Mitgliedsstaaten auszusetzen, wenn diese gegen die Rechtsstaatlichkeit verstossen». Für viele EU-Staaten ein echter Hammer – sind doch die meisten von ihnen auf Gelder aus Brüssel angewiesen. Um zum Beispiel Ungarn, Polen oder Slowenien zu disziplinieren, haben die EU-Gremien hier das Einstimmigkeitsprinzip gekippt: «Der Beschluss über die Kürzung von EU-Mitteln erfolgt nach einem entsprechenden Kommissionsvorschlag durch den Rat, der mit qualifizierter Mehrheit entscheidet.»⁴ Ungarn und Polen haben wegen fehlender Rechtmässigkeit dieser Regelung beim Europäischen Gerichtshof Klage eingereicht. Ob sie dort Recht be-

kommen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit dem EuGH zu bezweifeln.

Ungarns Regierungschef Viktor Orbán charakterisiert in der dritten These seiner Rede vom 19. Juni 2021 (siehe Kasten auf Seite 3 «Wir rasen auf eine Europäische Union mit imperialem Charakter zu») diesen «Rechtsstaatsmechanismus» als rein politisches Machtinstrument. In einem ersten Schritt habe man die Kommission aus einer politisch unparteiischen Hüterin der Verträge zu einer politischen Körperschaft umgeformt. Diese verfertige im zweiten Schritt über die einzelnen Mitgliedsstaaten sogenannte «Rechtsstaatlichkeitsberichte», deren Daten von «pseudozivilen Organisationen» wie dem Netzwerk von George Soros geliefert würden. Darauf gestützt würden als dritter Schritt die demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten bewertet und – wenn «nötig» – bestraft. Orbán kommt zum Schluss: «Das ist ein Missbrauch der Macht, jener Macht, die die Mitgliedsstaaten der Kommission übergeben haben.»

Auch für die Schweizer Juristin ist klar: Mit dem Rechtsstaat hat der EU-«Rechtsstaatsmechanismus» wenig zu tun. Vielmehr bezweckt er, Staaten, die ein Stückchen ihrer Souveränität und ihrer kulturellen Werte über die Zeit ihrer EU-Mitgliedschaft hinüberretten wollen, auf die «europäische Schiene» zu bringen.

Der Schweizer Bevölkerung zum Nachdenken empfohlen

Der Schweizer Bundesrat hat gut daran getan, die Verhandlungen zu einem institutionellen Rahmenabkommen mit der EU abzubrechen. Wer sich durch einen solchen Vertrag «mehr Rechtssicherheit» versprochen hat, sollte zur Kenntnis nehmen, wie der Machtklüngel in Brüssel mit den eigenen Mitgliedsstaaten umspringt. Der Kleinstaat Schweiz stützt sich im Umgang mit anderen Staaten, auch mit Grossmächten, am besten auf seine Eigenständigkeit, seine Stärken und seine Flexibilität. Auf die Rechtssicherheit, die von einer Grossmacht versprochen wird, sollte man sich lieber nicht verlassen!

¹ «Orbán hält an LGBTQ-Gesetz fest». *Tagesschau* vom 24.6.2021

² Hegedős, Soma. «Gastkommentar. Regelung gegen pädophile Straftäter. Ungarns Ziel: Gender-Ideologie darf in Europa nicht zur Staatsdoktrin werden». In: *The Epoch Times* vom 25.6.2021

³ Artikel 3 Absatz 3 EUV: «Sie [die Union] wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.» Artikel 4 Absatz 2 EUV: «Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedsstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmässigen Strukturen einschliesslich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt [...]».

⁴ Europäisches Parlament. «Rechtsstaatsmechanismus: Schutz des EU-Haushalts und der europäischen Werte». Aktualisiert am 25.3.2021. (Qualifizierte Mehrheit gemäss Vertrag von Lissabon: mindestens 55 % der Mitgliedsstaaten, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung umfassen.)

¹ <https://www.un.org/press/en/2021/sc14577.doc.htm>

² <https://www.pbs.org/wgbh/frontline/film/the-jihadist/>

³ <https://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/syrian-arab-republic-united-nations-cross-border-operations-under-66>

«Liberalen Demokratien» versus «autoritäre Regime»?

Propagandafloskeln sind kein Beitrag zur Völkerverständigung

von Karl-Jürgen Müller

Vor mehr als 100 Jahren, am 2. April 1917, trat der damalige US-Präsident Woodrow Wilson mit der Aufforderung vor den US-Kongress, die Abgeordneten sollten einer Kriegsbeteiligung amerikanischer Truppen in Europa zustimmen. «Man müsse die Freiheit verteidigen und die Demokratien schützen», so gab 2017 die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung den Präsidenten wieder.¹ Sowohl der Senat als auch das Repräsentantenhaus stimmten mehrheitlich zu. Vier Tage später, am 6. April, erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg. «Die Freiheit verteidigen und die Demokratien schützen» – das klingt aktuell. Heute lautet die Formel: Die «liberalen Demokratien» müssten zusammenstehen gegen die «autoritären Regime» der Welt. Was ist davon zu halten?

Vor mehr als 100 Jahren, beim Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, hatte die Formulierung des US-Präsidenten nur wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Ein wichtiger Verbündeter der USA im Krieg gegen die Mittelmächte war das zaristische Russland. Zwar hatte es im Februar 1917 eine Erhebung gegen die Alleinherrschaft des Zaren gegeben (sogenannte Februarrevolution), aber von Demokratie und Freiheit konnte auch jetzt – das Land befand sich weiterhin im Krieg – keine Rede sein. Grossbritannien und Frankreich, die Hauptverbündeten der USA, waren die grössten Kolonialmächte ihrer Zeit. Freiheit und Demokratie gab es in den Kolonien der beiden Länder ebenfalls nicht. Auch die USA selbst waren 1898 Kolonialmacht geworden. Den Bewohnern der US-amerikanischen Kolonien in der Karibik und im Pazifik wurde ebenfalls weder Freiheit noch Demokratie ermöglicht.

Die Kriegsbegründung des damaligen US-Präsidenten war indes ein weiteres Beispiel einer weit zurückreichenden Tradition, sich selbst als «gut» und den Gegner als «böse» darzustellen. Jeder kann sich die Frage stellen, warum Menschen immer wie-

der empfänglich für solche platten Gegenüberstellungen sind. Sie haben wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Auch die tatsächlichen Gründe für den Kriegseintritt der USA 1917 waren andere.

Rechtsmassstäbe

Wäre es da nicht sinnvoller, sich an Rechtsmassstäben zu orientieren, die naturrechtlich begründet sind, auf die sich die Staaten einigen konnten und die Raum für das Selbstbestimmungsrecht der Völker lassen? Auch dem Recht sollten sozialethische Überlegungen zugrunde liegen; deshalb das naturrechtliche Fundament. Und in der Tat können zum Beispiel viele Regelungen des Völkerrechts auf solche sozialethischen Überlegungen zurückgeführt werden.² Man denke nur an die Charta der Vereinten Nationen von 1945 oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948. Sicher ist, dass es keinen Staat der Welt gibt, der hier nicht noch zulegen könnte. Ideal wäre es, wenn sich dabei die Staaten im Rahmen guter internationaler Beziehungen auch gegenseitig konstruktiv unterstützen und ihre Konflikte ausschliesslich am Verhandlungstisch lösen würden.

Wer hat internationales Recht gebrochen?

Die vergangenen Jahrzehnte haben aber gezeigt, dass insbesondere die Rechtsbindung in den internationalen Beziehungen sehr gelitten hat. Und man muss hinzufügen, dass die Staaten, die dabei ganz wesentliche Rechtsbrüche begangen haben, die USA und weitere Mitgliedsstaaten der Nato waren, Staaten also, die heute angeblich angetreten sind, um die Freiheit zu verteidigen und die Demokratie zu schützen. Hinzu kommt, dass der Rechtsbruch in den internationalen Beziehungen, zum Beispiel einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu führen, auch negative Folgen für die Freiheitlichkeit und die Demokratie im Inneren eines Staates hat. Eine Politik

auf Konfrontationskurs scheut Freiheit und Demokratie. So ist es auch nicht erstaunlich, dass nun auch die in Deutschland an die Macht strebende Partei Bündnis 90/Die Grünen ihre langjährige Forderung nach mehr direkter Demokratie und Volksentscheiden hat fallenlassen.³ Auch im Programm für die kommenden Bundestagswahlen kommt das Wort «Volksentscheid» nicht mehr vor.

So bleibt als Zwischenergebnis, dass die Formel, künftig gehe es darum, dass sich eine «Wertegemeinschaft» – auch so eine Propagandaformel – aus lauter «liberalen Demokratien» gegen immer dreister werdende «autoritäre Regime» zur Wehr setzen müsse, auch heute wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Worum geht es dann?

Vorwürfe und Inhalte

Ein Blick auf den Umgang einiger mächtiger Staaten der EU mit dem EU-Land Ungarn und dessen Regierung gibt einen ersten Hinweis. Ungarns Regierung wird vorgeworfen, sie achte nicht mehr die Grundlagen der «Wertegemeinschaft» EU, breche mit rechtsstaatlichen Vorgaben, sei illiberal und ihr Ministerpräsident zudem auch korrupt.

Dieser Ministerpräsident hat am 19. Juni 2021 auf einer Konferenz in Budapest eine in den Medien der «liberalen Demokratien» unerwähnte Rede («30 Jahre Freiheit») gehalten,⁴ deren Inhalt bemerkenswert ist und eigentlich breit diskutiert werden müsste. Unter anderem formulierte er Thesen zum Zustand der EU (siehe auch Kasten), in denen es unter anderem heisst:

«Unsere erste These lautet: Wir rasen auf eine Europäische Union mit imperialem Charakter zu. Statt des Europas der Nationen wird in Brüssel an einem europäischen Superstaat gebaut, für den niemand eine Ermächtigung gegeben hat [...]. Unsere zweite These lautet: Brüssel wird heute von denen gelenkt, die die Integration nicht als ein Mittel, sondern als Ziel, als Selbstzweck betrachten. Deshalb wollen sie alle nationalen Inter-

essen und traditionellen Werte überschreiben. [...] Unsere dritte These ist, dass Brüssel einen ansehnlichen Teil seiner Macht den von ausserhalb Europas organisierten und geleiteten Netzwerken übergeben und zugespielt hat, in erster Linie den Soros'schen Netzwerken und den dahinterstehenden amerikanischen demokratischen Interessen.»

Wenn man etwas nicht gerne hört ...

So etwas hören diejenigen, die in der EU den Ton angeben, nicht gerne. So wie die Verantwortlichen in den USA und in den anderen Nato-Staaten auch nicht gerne gehört haben, was der russische Präsident 2007 bei der Sicherheitskonferenz in München über die Geopolitik der USA und Nato gesagt hatte. Die Liste liesse sich weiter füllen. Man könnte auch sagen: Konfrontiert mit ungen gehörten Überlegungen neigen zahlreiche Verantwortliche dazu, mit Polemik zum Angriff überzugehen, anstatt sich mit solchen Thesen inhaltlich auseinanderzusetzen. Für die Thesen selbst hat man dann im besten Fall das Wort «Verschwörungstheorien» übrig. Oder sie gelten als Teil fremder (zum Beispiel russischer) hybrider Kriegsführung und Desinformation. Wie freiheitlich und demokratisch ist das?

... was die politische Agenda stört

Hinter solchen Abwehrreflexen stehen in der Regel machtpolitische Ziele. Das gilt insbesondere für die derzeitigen Beziehungen der «liberalen Demokratien» der Nato-Staaten zu den «autoritären Regimen» in Russland und China. Eigentlich macht es gar keinen Sinn, die zahllosen Vorwürfe gegen diese beiden Staaten immer wieder zu überprüfen und zu korrigieren oder zu relativieren. Ständig werden neue Vorwürfe aus dem Hut gezaubert – so lange eben, bis wieder bessere Beziehungen auf der Tagesordnung stehen. Anders und pointiert formuliert: Der schlechte Stand der Beziehungen der «liberalen Demokratien» zu Russland und China ist weniger das Resultat dessen, was diesen beiden Ländern vorgeworfen wird, als umgekehrt: So lange die Verantwortlichen in den «liberalen Demokratien» die Beziehungen zu Russland und China verschlechtern wollen, wird es immer neue Vorwürfe geben.

Zur Völkerverständigung tragen solche Konstrukte nichts bei.

«Wir rasen auf eine Europäische Union mit imperialem Charakter zu»

Auszüge* aus einer Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán auf dem Kongress «30 Jahre Freiheit» in Budapest am 19. Juni 2021

«Unsere erste These lautet: Wir rasen auf eine Europäische Union mit imperialem Charakter zu. Statt des Europas der Nationen wird in Brüssel an einem europäischen Superstaat gebaut, für den niemand eine Ermächtigung gegeben hat, es gibt keinen europäischen Demos, es gibt nur Nationen. Und ohne den Demos kann man keine Demokratie errichten, deshalb führt der Bau des Brüsseler Imperiums notwendigerweise zum Fehlen der Demokratie. Was wir möchten, ist etwas ganz anderes. Wir möchten die Demokratie der Demokratien, deren Grundlage die europäischen Nationen bilden. Wir sollten keine Angst haben, es auszusprechen: Wir, auf nationaler Grundlage stehenden Demokraten, stehen denen gegenüber, die das Reich errichten und in Wahrheit auch die Gegner der Demokratie sind.

Unsere zweite These lautet: Brüssel wird heute von denen gelenkt, die die Integration nicht als ein Mittel, sondern als Ziel, als Selbstzweck betrachten. Deshalb wollen sie alle nationalen Interessen und traditionellen Werte überschreiben. Das Rechtssystem und die Institutionen der EU behindern diese Bestrebung nicht, sondern befördern sie. Deshalb sind unsere politischen Gegner bestrebt, die die Grundlage der europäischen Kultur bildenden natürlichen Gemeinschaften zu schwächen. Im Fadenkreuz befinden sich die Nation, die Regionen, die christlichen und jüdischen Kirchen, die Familien. Deshalb müsse man, sagt die ungarische Regierung, aus dem Grundlagenvertrag der EU den Ausdruck der «ever closer union» bei der ersten sich bietenden Gelegenheit streichen.

Unsere dritte These ist, dass Brüssel einen ansehnlichen Teil seiner Macht den

von ausserhalb Europas organisierten und geleiteten Netzwerken übergeben und zugespielt hat, in erster Linie den Soros'schen Netzwerken und den dahinterstehenden amerikanischen demokratischen Interessen. Und das geschieht auf die folgende Weise. Als ersten Schritt hat man die Kommission aus der Position der politisch unparteiischen Hüterin der Verträge wegbewegt und zu einer politischen Körperschaft umgeformt. Dies begann nicht im geheimen, sondern mit der öffentlichen Ankündigung von Herrn Präsidenten Juncker. Klammer auf: Deshalb hatten die Briten und die Ungarn auch nicht die Wahl von Herrn Juncker zum Präsidenten unterstützt, und dies hat letztendlich auch zum Brexit geführt. Klammer zu. Der zweite Schritt ist, dass die zur politischen Körperschaft umgebildete Kommission beschliesst, Rechtsstaatlichkeitsberichte über die Mitgliedsstaaten der EU anzufertigen. Diese Landesberichte werden aber nicht auf der Grundlage der Meinungen, Dokumente oder Tatsachenmitteilungen der Mitgliedsstaaten zusammengestellt. Diese Arbeit wird zu den in den Mitgliedsstaaten tätigen NGO, an pseudozivilen Organisationen ausgelagert, die in Wirklichkeit politische Organisationen sind, die typischerweise, beinahe ausnahmslos auf dem ganzen Kontinent zu dem Netzwerk von George Soros gehören, was sie selbst im übrigen auch gar nicht leugnen. Dritter Schritt: Auf Grund der von ihnen gelieferten Daten und ihrer Meinung werden die demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten bewertet, und sie wollen jene auch bestrafen, die ihnen nicht gefallen. Das ist ein Missbrauch der Macht, jener Macht, die die Mitgliedsstaaten der Kommission übergeben haben. [...]

Unsere fünfte These lautet, dass das kommende Jahrzehnt das Zeitalter gefährlicher Herausforderungen sein wird: Völkerwanderungen, Migration, Seuchen und Pandemien. In diesem gefährlichen Zeitalter muss man Sicherheit schaffen und in der Weltwirtschaft erfolgreich sein. Die Voraussetzung für den Erfolg ist die Wiederherstellung der europäischen Demokratie. Im Interesse des Schutzes der nationalen und konstitutionellen Identität der Mitgliedsstaaten muss man deshalb eine neue Institution unter der Einbeziehung der Verfassungsgerichte der Mitgliedsstaaten schaffen.

Unsere sechste These lautet: Das Europäische Parlament hat sich hinsichtlich der europäischen Demokratie als Sackgasse erwiesen. Es vertritt nur seine eigenen Partei-, ideologischen und institutionellen Interessen. Es trägt mit nichts zur Kraft der Europäischen Union bei, sondern nimmt von ihr nur weg. Deshalb muss man die Rolle der nationalen Parlamente bedeutend vergrössern. In das Europäische Parlament müssten die nationalen Legislativen Vertreter entsenden – nach dem Vorbild der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Den nationalen Parlamenten muss man darüber hinaus das Recht geben, den Gesetzgebungsprozess der EU aufzuhalten, wenn sie sehen, dass diese nationale Zuständigkeiten verletzt, d. h. man muss das Verfahren der «roten Karte» einführen.»

* Vollständig ist die Rede in deutscher Sprache auf der Internetseite der Botschaft Ungarns in Berlin zu finden: <https://berlin.mfa.gov.hu/assets/96/90/24/149dc45817f01882280dad72bc2f2966bf1854d.pdf>

¹ <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/245922/kriegseintritt-der-usa> vom 4.4.2017.

Wörtlich sagte Wilson: «The world must be made safe for democracy. Its peace must be planted upon the tested foundations of political liberty.» (Original der Rede: https://www.ourdocuments.gov/print_friendly.php?flash=false&page=transcript&doc=61&title=Transcript+of+Joint+Address+to+Congress+Leading+to+a+Declaration+of+War+Against+Germany+%281917%29)

² vgl. zum Beispiel Sutor, Bernhard. *Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre*, Paderborn 1992, S. 266ff.

³ vgl. <https://www.mehr-demokratie.de/presse/einzelansicht-pms/gruener-partei-tag-streich-direkte-demokratie-aus-programm/> vom 22.11.2020
Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Förderung einer demokratischen, insbesondere direkt-demokratischen politischen Kultur ein ganz wesentlicher Beitrag zur Friedenssicherung ist. Einer, der auf diese Zusammenhänge unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hingewiesen und für das genossenschaftliche, föderale Modell mit dem Zentrum der Gemeindefreiheit überall im Nachkriegseuropa geworben hat, war der Schweizer Historiker Alfred Gasser. Sein schon im Herbst 1943 in erster Auflage erschienenes Buch «Gemeindefreiheit als Rettung Europas» ist diesbezüglich bis heute eine lohnende Lektüre. Im Kapitel «Gemeindefreiheit und Völkerfrieden» (2. Auflage 1946, S. 243ff.) ist auf Seite 244 der bezeichnende Satz zu lesen: «Alle kommunal-föderativen, von unten her aufgebauten Demokratien der Gegenwart sind durch eine nicht-militaristische Volksgesinnung gekennzeichnet.»

⁴ <https://berlin.mfa.gov.hu/assets/96/90/24/149dc45817f01882280dad72bc2f2966bf1854d.pdf> vom 19.6.2021; am 5. Juli hat die Regierung Ungarns eine Anzeige in der deutschen Bild-Zeitung geschaltet, um ihre Position zur EU auch der Öffentlichkeit ausserhalb des eigenen Landes darzulegen; am 2. Juli 2021 hatte ein Zusammenschluss von 16 Parteien aus 15 EU-Staaten eine «Deklaration für die Zukunft Europas» verabschiedet (deutsche Übersetzung zum Beispiel bei <https://www.tagessstimme.com/2021/07/03/dokumentiert-deklaration-fuer-die-zukunft-europas/>), die zahlreiche Gedanken der Rede Viktor Orbáns aufgreift. Diese Erklärung hat dann allerdings für zahlreiche Negativ-Schlagzeilen gesorgt.

Volksdiplomatie statt Konfrontation – Städtepartnerschaften sind Botschafter der Verständigung

Eindrücke von der 16. Deutsch-Russischen Städtepartnerschaftskonferenz in Kaluga

von Eva-Maria Föllmer-Müller

Vom 28. bis 30. Juni 2021 fand im russischen Kaluga die 16. Deutsch-Russische Städtepartnerschaftskonferenz statt. Die Stadt Kaluga liegt an der Oka, rund 190 km südwestlich von Moskau und feiert in diesem Jahr ihren 650. Geburtstag. Thema der pandemiebedingt im Hybridformat veranstalteten Konferenz war «Kommunale und Regionale Verbindungen stärken – Horizonte erweitern».

Die Konferenz, Teil des laufenden Deutschlandjahres in Russland, stand im Zeichen des 80. Jahrestages des Angriffs der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Mehrfach wurde der Aufruf «Lasst uns Frieden stiften» (s. *Zeit-Fragen* Nr. 15 vom 29. Juni 2021) von den Konferenzteilnehmern gewürdigt.

Trotz Reiseeinschränkungen ...

Trotz Reiseeinschränkungen – die deutsche Bundesregierung hatte Russland am 29. Juni kurzfristig in die höchste Corona-Risikokategorie eingestuft, was eine 14tägige Quarantäne für alle Rückreisenden nach Deutschland bedeutete und weshalb viele deutsche Teilnehmer ihre Reise absagen mussten – war die Veranstaltung ein grosser Erfolg und ein Lichtblick für die derzeit auf politischer Ebene angespannten deutsch-russischen Beziehungen. Schade war, dass wegen der Reiseeinschränkungen prominente Mitwirkende wie der ehemalige Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, die ehemalige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages *Antje Vollmer* und der Vorstandsvorsitzende des Deutsch-Russischen Forums *Matthias Platzeck* nicht persönlich teilnehmen konnten. Das Deutsch-Russische Forum ist Mitveranstalter.

Würdigende Grussbotschaften zur feierlichen Eröffnung

Bei der feierlichen Eröffnung im Konzertsaal der Kaluga-Gebiets-Philharmonie wurde die grosse Bedeutung der Städtepartnerschaften in Grussbotschaften des russischen Präsidenten *Wladimir Putin*, des russischen Aussenministers *Sergej Lawrow* und des deutschen Aussenministers *Heiko Maas* hervorgehoben. «Ich habe keinen Zweifel daran, dass Sie fruchtbare und substantielle Gespräche führen werden, die dazu beitragen werden, unsere konstruktiven partnerschaftlichen Beziehungen weiterentwickeln und auch das Vertrauen und das Verständnis zwischen den Menschen in Russland und Deutschland zu stärken», erklärte der russische Präsident. «Die Antwort auf die Turbulenzen in unseren Beziehungen ist nicht weniger, sondern mehr Dialog», erklärte Heiko Maas. Zahlreiche weitere Grussbotschaften von deutschen und russischen Amts- und Würdenträgern folgten. Viele deutsche Teilnehmer, die die Veranstaltung online verfolgten, brachten ihre Verbundenheit und guten Wünsche in den «Chats» zum Ausdruck.



Kulturelle Darbietungen gehören zur Gastfreundschaft: Das Tanzkollektiv der Philharmonie von Kaluga beim «Feiertanz von Kaluga» zur Eröffnung der Konferenz. (Bild Deutsch Russisches Forum)

«In Zeiten, in denen es auf der politischen Ebene schwierig wird, können die Beziehungen zwischen Städten und Gemeinden über manche Hindernisse hinweghelfen. Kommunale und regionale Partnerschaften sind Botschafter der Verständigung.» Diese Aussage von Matthias Platzeck war eine Art Leitstern auch der diesjährigen Konferenz.

Der zweite Tag begann mit einer Podiumsdiskussion zum Thema «Was kann der Dialog zwischen Kommunen und Politik für die Deutsch-Russischen Beziehungen leisten?» Der deutsche Botschafter *Géza Andreas von Geyr* hob die wechselvolle Geschichte der

Deutschen und Russen hervor, «mit glanzvollen Höhepunkten und sehr bitteren Epochen». Kein Land der Welt und kein Volk der Welt könne vor seiner Geschichte und vor seiner Biographie entfliehen; beides bestimme unser Tun heute und unsere Zukunft. Für die Deutschen sei es wichtig, sich im deutsch-russischen Verhältnis immer wieder vor Augen zu führen, was alles geschehen ist und wofür Deutsche auch Verantwortung tragen; dies müsse auch zum Ausdruck gebracht werden, wie auch die Dankbarkeit für die Versöhnung, die die Deutschen nach diesen Untiefen der Geschichte erfahren haben. «Diese Versöhnung ist eine grosse Leistung, gerade der Russen gegenüber den Deutschen; auf der Basis findet Zivilgesellschaft statt. [...] Die Russen [haben uns gegenüber] Grosszügigkeit [...] walten lassen und menschliche Grösse und sehr früh [...] Versöhnung angeboten, um in ein gutes gemeinsames Miteinander der Menschen zu kommen.»

Pawel Sawalnyj, der Vorsitzende des Energieausschusses der Staatsduma und der russisch-deutschen Parlamentariergruppe betonte die Bedeutung einer tiefgehenden wissenschaftlichen Geschichtsaufarbeitung und deren

Verbreitung, «um bestimmte Phänomene der Gegenwart nachvollziehen zu können. [...] Es geht mir immer wieder um diese Geschichte der Versöhnung der grossen Völker. Die Geschichte von Russland und Deutschland ist die Geschichte der Kriege, aber auch die Geschichte der Freundschaft. Es ist heute unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, dass wir diese Geschichte nicht vergessen und der Opfer gedenken [...] und alles dafür zu tun, dass nie wieder ein Krieg zwischen unseren Völkern geführt wird – nie wieder Krieg auch im Rahmen der heutigen Politik. Deutschland ist für mich ein ganz besonderes Land. Da sind vor allem die Menschen, die – vielleicht etwas anders als andere europäische Völker – Russland und die Russen etwas besser verstehen; sie haben ein tieferes Verständnis als die anderen, und das ist eine wichtige Grundlage für unseren Dialog.»

Wichtiger Beitrag der Jugend

Neben vielen anderen wichtigen Themen wurde auch der Frage der Staffelübergabe an die jüngere Generation diskutiert. Als Vertreter der Zivilgesellschaft blickt Dr. *Andrej Zarjow*, Vorstandsvorsitzender der Interregionalen Organisation zur Unterstützung von Menschen mit geistiger Behinderung und psychophysischen Störungen «Gleiche Möglichkeiten», in bezug auf den Jugendaustausch optimistisch in die Zukunft. Seine Erfahrungen mit jungen Menschen aus Deutschland zeigten, dass sie sehr wohl für eine Kooperation zu gewinnen sind und auch gerne einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. «Die jungen Menschen, die zu uns kommen, sind sehr engagiert und interessiert. Sie machen gerne mit, sie bringen sich ein und sie leisten einen bedeutenden Beitrag zu unseren deutsch-russischen Projekten.» Diese Projekte haben zum Ziel, Menschen zu helfen; dies sei konkrete Arbeit vor Ort mit älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen oder mit Kindern, die ohne Familie geblieben sind.

Am Nachmittag standen ein Internationales Wirtschaftsforum sowie die praxisnahe Arbeit und der Austausch in fünf Arbeitsgruppen zu folgenden Themen im Zentrum:

1. Kommunale und regionale Kooperationen.
2. Berufsorientierung für Jugendliche: Wie kann beruflicher Austausch gelingen?

Fortsetzung auf Seite 5

Sind Wirtschaftssanktionen kalter oder schon heisser Krieg?

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

Der EU-Ministerrat hat sich am 21. Juni 2021 auf Wirtschaftssanktionen gegen Belarus geeinigt, «um das Land nachhaltig in seinen Exporterlösen zu treffen». Begründet werden die Sanktionen mit der Festnahme zweier Aktivisten der seit einem halben Jahr – mit Geldern der USA, der EU (60 Mio. Euro) und von *George Soros* – versuchten «Farbigen Revolution», um den gewählten Präsidenten *Alexander Lukaschenko* aus dem Amt zu bringen. Beide festgenommenen Personen wollten mit einer lettischen Maschine Weissrussland überfliegen. Die Maschine landete wegen einer Bombendrohung in Minsk.

Sanktionen sind immer ein Angriff auf das sanktionierte Land. Die EU bezeichnet die Landung des lettischen Flugzeuges als Bruch des freien Flugverkehrs. Darauf antwortete die um ihre 60 Millionen Revolutionszuschüsse geprellte EU mit Wirtschaftssanktionen, Vorstufe eines Kriegszustandes.

Sanktionen als Wirtschaftskrieg sind in den letzten 20 Jahren vor allem von den USA eingeführt und üblich geworden und werden gegen Freund und Feind eingesetzt, wann immer die Amerikaner Wirtschafts- oder Weltmachtziele für sich nicht freiwillig erreichen:

- So gegen Iran, weil dieser sein Öl nicht durch amerikanische Firmen verkaufen lässt,
- und gegen Russland, weil dieses ebenfalls als Weltmacht und Ölkonzurrent eigenständig bleiben will. Seit Russland den USA durch die Krim auch die Herrschaft über das Schwarze Meer weggeschnappt

hat, kennen die Sanktionen keine Grenze mehr.

- Auch Deutschland und deutsche Firmen werden wegen *Nord Stream 2* mit Sanktionen belegt, weil sich das Land erlaubt, russisches Gas statt zu teures amerikanisches zu kaufen.
- Neuerdings wird auch China als vor allem digitaler Feind mit Sanktionen auf chinesische Firmen, Importe und Personen belegt.
- Viele andere Länder wie Syrien, Afghanistan, Nordkorea, Nicaragua, Venezuela u. a. wurden mit amerikanischen Wirtschaftssanktionen geschädigt, weil sie sich «erlaubten», amerikanischen Weltmächtsbestrebungen zu widerstehen oder der amerikanischen Wirtschaft Konkurrenz zu machen.

Das Dollar-Imperium duldet weder Widerspruch noch Widersetzlichkeit.

Eigentlich könnte sich jedes Land bei einseitigen Wirtschaftssanktionen bei den internationalen Organisationen wie Uno, WHO u. a. beschweren und sogar Rechtsverfahren gegen den Sanktionierer einleiten. Praktisch aber hat das keinen Erfolg, weil alle diese internationalen Organisationen mit US-Geld bezahlt, mit US-Personen durchsetzt und nach dem US-Willen geleitet werden. Im übrigen sind die USA wirtschaftlich noch so stark, dass Gegensanktionen gegen die USA (wie zum Beispiel EU-Gegensanktionen) wirkungslos, reine Alibihandlungen sind. Nur der Starke kann die Schwachen erpressen, nicht aber umgekehrt.

Mit den Sanktionen wollen die USA wirtschaftlich die Regierungen von anderen Ländern zu anderer Politik, zur Korrektur oder zur Unterwerfung zwingen. Praktisch aber leiden unter den Sanktionen mehr die Bürger des sanktionierten Landes, weil ihnen wichtige Güter fehlen, weil ihre Wirtschaft blockiert, weil ihr Wohlstand zerstört wird. Die Leidenden sind immer unten, selten oben. Insofern sind Wirtschaftssanktionen – unabhängig davon, ob sie überhaupt wirksam sind – immer Schädigungen des gesamten Volkes.

Das hat sich seit Jahrzehnten an Iran gezeigt, dessen Wirtschaft brutal durch die US-Sanktionen blockiert wurde. Die dadurch entstandene Verarmung traf die Bevölkerung, nicht die Politiker des Landes. Ebenso ist es mit den Sanktionen gegen Russland, gegen Belarus u. a. Letztlich sind also Wirtschaftssanktionen kein strategisches Mittel gegen eine politische Führung, sondern eine asoziale Wohlstandsschädigung des gesamten Volkes.

Besonders asozial scheinen die Sanktionen gegen Venezuela. Nur weil dieses Land sein Öl selbst verkaufen und nicht den amerikanischen Firmen überantworten will, wird die gesamte Bevölkerung seit Jahren in bitterster Not gehalten, haben mehr als 3 Millionen Venezolaner durch Flucht ihr Armenhaus verlassen, fehlt es dort an allem Notwendigen. Dagegen könnte Venezuela ein reiches Land sein, wenn es sein Öl selbst verkaufen könnte, wenn die Amerikaner nicht die Wirtschaftsherrschaft über dieses Land und sein Öl beanspruchen und

durch Sanktionen durchzusetzen versuchen würden.

Sanktionen sind ein feindlicher Akt gegen ein freies Land, sind eine wirtschaftliche Kriegshandlung. Als solche werden sie auch von den Sanktionierern (USA oder EU) bezeichnet und haben auch im sanktionierten Land Schadenfolgen wie in einem militärischen Krieg.

Das Mittel der Sanktionen haben die USA erprobt, als sie festgestellt haben, dass sie mit heissem Krieg, also mit militärischem Eroberungskrieg durch eigene Truppen, regelmässig gescheitert sind: in Vietnam, in Afghanistan, in Syrien u. a. Wirtschaftskrieg ist also schon Kampf gegen ein Land, aber noch kein militärischer Kampf.

Dennoch sind Wirtschaftssanktionen völkerrechtswidrig, widersprechen allen internationalen Handelsgesetzen und Handelsordnungen, setzen sich also über alles internationale Recht hinweg. Macht soll Recht brechen. Das Recht soll nur gelten, wenn es auf der Seite des Mächtigen steht. Und die mächtigen Rechtsbrecher dürfen nicht einmal angeklagt werden.

Wenn also die EU-Sanktionen gegen Belarus verhängt, begeht sie eine kriegerische Handlung, handelt sie völkerrechtswidrig und ist dies ein reiner Racheakt, weil Lukaschenko nicht die von der EU mitfinanzierte Revolution durchführen lässt, weil er sich weigert, Weissrussland der Nato zu überantworten.

Schlimm nur, dass die EU-Funktionäre gleichzeitig noch behaupten, sie würden im Namen von Recht und Gesetz handeln. •

Über Recht, Rechte und Regeln

von Sergej Lawrow, Aussenminister der Russischen Föderation

zf. Im folgenden dokumentieren wir einen aktuellen Beitrag des Aussenministers der Russischen Föderation Sergej Lawrow für die russische Zeitung «Kommersant». Die deutsche Übersetzung ist die vom russischen Aussenministerium autorisierte Fassung. Die Zwischenüberschrift hat die Redaktion Zeit-Fragen gesetzt.



Sergej Lawrow
(Bild www.mid.ru/de/fotogalereia)

Ein offenes und im ganzen genommen konstruktives Gespräch auf dem Gipfeltreffen der Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden am 16. Juni 2021 in Genf ist mit der Vereinbarung abgeschlossen worden, einen sachlichen Dia-

log über strategische Stabilität aufzunehmen – mit der äusserst wichtigen Feststellung, dass Atomkrieg nicht zugelassen werden darf, sowie dem Einverständnis, dass Konsultationen zum Thema Cybersicherheit, Tätigkeit der diplomatischen Missionen, Schicksal der Staatsbürger Russlands und der USA, die Strafen abbüssen, und zu einer Reihe regionaler Konflikte zweckmässig sind.

Dabei wies das russische Staatsoberhaupt deutlich darauf hin, auch öffentlich, dass ein Ergebnis in allen Richtungen ausschliesslich durch das Finden eines gegenseitig annehmbaren Gleichgewichts der Interessen – strikt auf paritätischer Grundlage – möglich ist. Bei den Verhandlungen wurden keine Einwände zum Ausdruck gebracht. Doch fast unmittelbar nach ihrem Abschluss begannen US-Offizielle, darunter Teilnehmer des Genfer Treffens, damit, ihre früheren Positionen mit Nachdruck zu verteidigen – man habe Moskau «gezeigt, eindeutig gewarnt, auf die Forderungen hingewiesen». Alle diese «Warnungen» wurden von Drohungen begleitet – falls Moskau «innerhalb von einigen Monaten» die ihm in Genf dargelegten «Spielregeln» nicht annehme, werde es einem neuen Druck ausgesetzt.

Natürlich wird man noch sehen, wie die erwähnten Konsultationen zur Konkretisierung der Herangehensweisen zu den in Genf erreichten Positionen tatsächlich verlaufen werden. Wie Wladimir Putin auf der Pressekonzferenz nach den Verhandlungen sagte: «Es gibt Dinge, an denen gearbeitet werden sollte.» Die nach den Verhandlungen blitzschnell erläuterte frühere verkrustete Position Washingtons ist sehr anschaulich, zumal die europäischen Hauptstädte sofort damit be-

«Volksdiplomatie statt Konfrontation ...»

Fortsetzung von Seite 4

Inklusion und Teilhabe «Leben in Würde für alle».

3. Deutsch-Russische Partnerstädte und Erinnerung für die Zukunft «Der 22. Juni 1941/2021 ist ein europäisches Datum».

4. Gesundheit.

Dies ist nur ein kleiner Einblick in die reichhaltigen Diskussionen und Gespräche sowie die zahlreichen deutsch-russischen Projekte, diese Form der Volksdiplomatie, die Zukunft haben und einen wohlthuenden Gegenpol bilden zu allen Anspannungen auf der politischen und medialen Ebene. Immer wieder wurde die Bedeutung der persönlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch hervorgehoben, auf denen das engagierte zivilgesellschaftliche Engagement basiert. Eine respektvolle und freundschaftliche Atmosphäre begleitete die gesamte Veranstaltung und war durchaus auch online spürbar. Auch wurden immer wieder die wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern angesprochen, die dem medialen Trommelfeuer gegen Russland der meisten westlichen Medien zum Trotz auf gutem Wege sind.

Neue geplante Städtepartnerschaften (Bremen-Tula, Weimar-Borowsk) sollen die bereits bestehenden 102 deutsch-russischen Städtepartnerschaften ergänzen. Zum Abschluss der Veranstaltung lud die Stadt Essen zur nächsten Städtepartnerschaftskonferenz im Jahr 2023 ein.

Es hat sich gelohnt dabeizusein. •

gannen – indem sie die Stimmung des «Grossen Bruders» aufnahmen – ihm aktiv und gerne nach dem Munde zu reden. Das Wesen der Aussagen: Man ist bereit zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau, aber zunächst soll es sein Verhalten ändern.

Will der Westen nach wie vor nur das machen, was er für richtig hält?

Es gibt so ein Gefühl, dass der Chor zur Unterstützung des Solisten im voraus vorbereitet wurde und dieser Vorbereitung gerade die vor den russisch-amerikanischen Verhandlungen stattgefundenen Serie westlicher Veranstaltungen auf höchster Ebene gewidmet war – der G-7-Gipfel in Cornwall in Grossbritannien und das Nato-Treffen in Brüssel sowie das Treffen Joe Bidens mit EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Diese Sitzungen wurden sorgfältig vorbereitet, so dass keine Zweifel mehr bleiben: Der Westen wollte, dass alle verstehen: Er ist wie nie zuvor einig und wird in den internationalen Angelegenheiten nur das machen, was er für richtig hält, und andere – vor allem

«Es ist aussichtslos, die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, welche Werte besser bzw. schlechter sind, man sollte einfach das Vorhandensein anderer Formen der Gesellschaftsorganisation als der westlichen als Gegebenheit anerkennen und wahrnehmen, sollte sie respektieren.»

Russland und China – dazu bringen, dem von ihm angegebenen Kurs zu folgen. In den Dokumenten von Cornwall und Brüssel ist die Förderung des Konzeptes der «regelbasierten Weltordnung» als Gegengewicht für universelle Völkerrechtsprinzipien, die vor allem in der UN-Charta festgeschrieben sind, fixiert.

«Regeln» statt Völkerrecht?

Der Westen meidet die Deutung seiner «Regeln» sowie der Fragen danach, wozu sie notwendig sind, während Tausende Instrumente des Völkerrechts vorhanden sind, zu denen sich alle verpflichteten und die eindeutige Verpflichtungen der Staaten und transparente Mechanismen der Prüfung ihrer Erfüllung enthalten. Das «Schönste» an westlichen Regeln ist, dass sie gerade nichts Konkretes enthalten – sobald jemand gegen den Willen des Westens vorgeht, spricht er sofort von «Verletzung der Regeln» (es werden keine Fakten vorgelegt) und von seinem «Recht, den Verletzer zu bestrafen». Also, je weniger es konkrete Aspekte gibt, desto mehr Handlungsspielraum für Willkür gibt es zwecks Abschreckung der Konkurrenten mit unsauberen Methoden. In den «wildem» neunziger Jahren hiess so etwas in Russland, «nach den Regeln der kriminellen Welt vorzugehen».

Wiedervereinigung der «westlichen Familie»

Die Reihe der Gipfeltreffen der G7, Nato und USA-EU-Treffen kennzeichnete nach Einschätzung ihrer Teilnehmer die Rückkehr der USA nach Europa und Wiederherstellung des Zusammenschlusses Europas unter Schutzherrschaft der neuen Administration Washingtons. Von der Mehrheit der Mitglieder der Nato und EU wurde eine solche Wende nicht nur mit Erleichterung wahrgenommen, sondern waren von begeisterten Kommentaren begleitet. Die Ideengrundlage der Wiedervereinigung der «westlichen Familie» war die Verkündigung der liberalen Werte als «Leitstern» der Entwicklung der Menschheit. Washington und Brüssel nannten sich selbst ohne überflüssige Bescheidenheit «Anker der Demokratie, des Friedens und der Stabilität» als Gegengewicht zum «Autoritarismus in jeder seiner Formen», indem unter anderem die Absicht angekündigt wurde, die Nutzung der Sanktionen im Interesse der «Unterstützung der Demokratie in der ganzen Welt» zu verstärken. Für diese Ziele wurde Kurs auf die Umsetzung der US-Idee der Einberufung eines «Gipfels für Demokratie» genommen. Es wird nicht verheimlicht, dass der Westen die Teilnehmer eines solchen Gipfeltreffens selbst auswählen und seine Aufgaben selbst bestimmen wird, die von den speziell ausgewählten Eingeladenen kaum bestritten

werden. Es wird erwähnt, dass die «Spenden-Länder der Demokratie» die «erhöhten Verpflichtungen» zur flächendeckenden Festsetzung der «demokratischen Standards» übernehmen und eigene Kontrollmechanismen für diese Prozesse ausarbeiten werden.

Neue englisch-amerikanische Atlantik-Charta

Zudem sollte man auch auf die am Rande des G-7-Gipfeltreffens am 10. Juni dieses Jahres von Joe Biden und Boris Johnson gebilligte neue englisch-amerikanische Atlantik-Charta aufmerksam machen. Sie wurde als aktualisierte Version des von Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill 1941 unterzeichneten Dokuments, das damals eine wichtige Rolle bei der Suche nach den Konturen der Nachkriegsweltordnung spielte, mit einem ähnlichen Namen präsentiert.

Doch weder Washington noch London sagten etwas über eine sehr wichtige historische Tatsache: Der «ursprünglichen» Charta schlossen sich vor 80 Jahren die Sowjetunion und mehrere europäische Exilregierungen an, weshalb sie anschliessend einer der Pro-

grammgrundsätze der Anti-Hitler-Koalition wurde und als einer der rechtlichen Prototypen der UN-Charta gilt.

Die neue Atlantik-Charta ist ebenfalls als eine Art «Ausgangspunkt» für den Bau der Weltordnung konzipiert, aber ausschliesslich nach westlichen «Regeln». Ihre Fassung ist ideologisch auf die Vertiefung der Trennungslinie zwischen den «liberalen Demokratien» und allen anderen Staaten gerichtet und soll die «regelbasierte Weltordnung» legitimieren. Die neue Charta enthält keine Erwähnungen der Vereinten Nationen bzw. OSZE, fixiert strikt das Festhalten des kollektiven Westens an den Verpflichtungen im Rahmen der Nato als de facto «einzig legitimes Zentrum für das Treffen von Entscheidungen» (genau so bezeichnete der ehemalige Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen 2014 die Bedeutung der Nato). Es ist klar, dass diese Philosophie auch als Fundament für die Vorbereitung des erwähnten «Gipfels für Demokratie» gelegt wird.

Russland und China – «Träger des Autoritarismus»?

Als grösstes Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung des auf den Gipfeltreffen im Juni erklärten Kurses sind Russland und China als «Träger des Autoritarismus» genannt worden. Zusammengefasst werden zwei Gruppen von Ansprüchen erhoben – äussere und innere. Was äussere Ansprüche betrifft, wird Peking ein zu beharrliches Durchsetzen der eigenen Wirtschaftsinteressen («One Belt, One Road»-Projekt), ein Ausbau der militärischen und insgesamt der technologischen Stärke zur Erhöhung seines Einflusses zum Vorwurf gemacht. Russland wird «aggressive Politik» in einer Reihe von Regionen vorgeworfen, wobei als solche de facto der Kurs Moskaus bei der Bekämpfung von ultraradikalen und neonazistischen Tendenzen in der Politik der Nachbarländer, die die Rechte der Russen sowie anderer nationalen Minderheiten unterdrücken, die russische Sprache, Bildung und Kultur ausrotten, dargestellt wird. Es gefällt auch nicht, dass Moskau sich für die Länder einsetzt, die zum Opfer westlicher Abenteuer und zum Ziel von Angriffen des internationalen Terrorismus mit dem drohenden Verlust der Staatlichkeit wurden, wie es in Syrien der Fall war.

Doch das grösste Pathos der angekündigten Herangehensweisen des Westens zielt ab auf den inneren Aufbau «nicht demokratischer» Länder und die Entschlossenheit, diese nach dem eigenen Muster zu ändern, indem solche Änderungen im gesellschaftlichen Leben angestrebt werden, die der Vision der Demokratie, die von Washington und Brüssel vorangetrieben wird, entspre-

chen würden. Daraus ergeben sich Forderungen an Moskau und Peking (und alle anderen), den westlichen Anweisungen bei Fragen der Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Opposition, Massenmedien, Funktionieren der Staatsstrukturen und dem Zusammenwirken zwischen den Instanzen mit Macht im Land zu folgen. Indem das eigene «Recht», sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zum Aufdrängen einer eigens interpretierten Demokratie einzumischen, ausgerufen wird, verliert der Westen das Interesse am Gespräch, sobald wir vorschlagen, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen zu besprechen, darunter Verzicht auf Hochmut und Bereitschaft zur Arbeit auf Grundlage allgemein anerkannter Völkerrechtsprinzipien statt «Regeln». Mit dem Ausbau der Sanktionen und anderer Massnahmen des illegalen Druckausübens auf souveräne Regierungen drängt der Westen einen Totalitarismus in den globalen Angelegenheiten auf, nimmt eine imperiale, neokoloniale Position gegenüber anderen Ländern ein – sie sollen bei sich zu Hause das notwendige Modell der Demokratie implementieren, und bei äusseren Angelegenheiten sollten sie sich keine Sorgen über Demokratie machen – wir werden alles selbst entscheiden, sie sollen sich gehorsam verhalten, andernfalls werden sie bestraft.

So ist der Kurs des Westens aussichtslos

Die Aussichtslosigkeit eines solchen kompromisslosen Kurses wird von vernünftigen Politikern in Europa und Amerika verstanden. Sie beginnen damit – wenn auch nicht immer öffentlich – pragmatisch zu reden, indem zugegeben wird, dass es in der Welt nicht nur eine Zivilisation gibt. Russland, China und andere grosse Mächte haben eine eigene jahrtausendlang Geschichte, eigene Traditionen, Werte, Lebensweisen. Es ist aussichtslos, die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, welche Werte besser bzw. schlechter sind, man sollte einfach das Vorhandensein anderer Formen der Gesellschaftsorganisation als der westlichen als Gegebenheit anerkennen und wahrnehmen, sollte sie respektieren. Probleme mit den Menschenrechten sind überall zu finden, doch es ist die Zeit gekommen, die Position der eigenen Überlegenheit aufzugeben – ganz nach dem Sinne: Wir im Westen werden sie selbst regeln, weil wir Demokratien sind und sie noch unterlegen sind, man sollte ihnen noch helfen, womit wir uns ja befassen.

Messianismus hilft nicht weiter bei der Lösung realer Probleme

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Arena, die ausnahmslos alle betreffen und deren Folgen bislang nicht vorausgesagt werden können, stellt sich die Frage, welche Form des staatlichen Aufbaus am effektivsten ist: nicht für Messianismus, sondern zur Eindämmung und Beseitigung der Bedrohungen, die keine Grenzen kennen und alle Menschen unabhängig von ihrem Lebensort betreffen. Im politologischen Umgang wird allmählich das Thema des Vergleichs der Instrumente der «liberalen Demokratien» und «autokratischen Regime» (bislang zwar bescheiden, doch es wird der Begriff «autokratische Demokratien» genutzt) aufgenommen.

Das sind nützliche Überlegungen, die natürlich auch von amtierenden seriösen Politikern berücksichtigt werden sollten. Denken, analysieren – das schadet nie. Die Entstehung einer multipolaren Welt ist Realität. Die Versuche, sie zu ignorieren, indem man von sich behauptet, «einzig legitimes Zentrum für das Treffen von Entscheidungen» zu sein, werden bei der Regelung nicht erfundener, sondern wahrer Probleme nicht helfen, zu deren Überwindung ein gegenseitig respektvoller Dialog unter Teilnahme der führenden Länder und unter Berücksichtigung der Interessen aller anderen Teilnehmer der Weltgemeinschaft notwendig ist. Das setzt voraus, sich bedingungslos auf die allgemein anerkannten Normen und Prinzipien des Völkerrechts abzustützen – Respekt vor der souveränen Gleichheit der Staaten, Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten,

Fortsetzung auf Seite 6

«Über Recht, Rechte und Regeln»

Fortsetzung von Seite 5

friedliche Regelung der Streitigkeiten, Anerkennung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbständig zu bestimmen.

Der Westen will den Prozess der Bildung einer polyzentrischen Welt bremsen ...

Der kollektive historische Westen, der innerhalb von 500 Jahren über alles dominierte, begreift sicher, dass diese Epoche unwiederbringlich vorübergeht, doch er möchte seine schwindenden Positionen bewahren, den objektiven Prozess der Bildung einer polyzentrischen Welt bremsen. Daraus ergibt sich der Versuch, die neue Deutung der Multilateralität ideologisch zu begründen – wie das sich in der französisch-deutschen Initiative zur Förderung des «effektiven Multilateralismus» zeigt, der nicht in der universellen Multilateralität der Vereinten Nationen, sondern in Idealen und Handlungen der EU verkörpert ist und als Vorbild für alle anderen dienen soll.

... und zwar mit seinen «Regeln»

Mit der Implementierung seines Konzeptes der «regelbasierten Weltordnung» verfolgt der Westen das Ziel, die Diskussionen zu den wichtigsten Themen in die für ihn bequemen Formate zu verlagern, wo Nichteinverständene nicht eingeladen werden. Es werden enge «Plattformen» und «Aufrufe» gebildet, um im eigenen Kreis Anweisungen abzustimmen, die man abschliessend allen anderen aufoktroiert. Zum Beispiel der «Aufruf zur Sicherheit im Cyberspace», «Aufruf zum Respektieren des internationalen humanitären Rechts», «Partnerschaft zur Unterstützung der Informationsfreiheit». In jedem dieser Formate jeweils einige Dutzend Länder, die Minderheit der internationalen Gemeinschaft. Bei allen erwähnten Themen gibt es universelle Verhandlungsplattformen im UN-System, doch dort werden natürlich alternative Positionen zum Ausdruck gebracht, und sie sollten berücksichtigt werden. Es sollte nach einem Konsens gesucht werden, aber der Westen hält es für nötig, seine «Regeln» festzusetzen.

Sanktionen in Missachtung der UN-Charta

Gleichzeitig schafft die EU für jedes solche «Format von Gleichgesinnten» den eigenen Mechanismus horizontaler Sanktionen – natürlich auch in Missachtung der UN-Charta. Das Schema sieht so aus – die Teilnehmer der «Aufrufe» und «Partnerschaften» beschliessen in ihrem engen Kreis, wer ihre Forderungen in einem jeweiligen Bereich verletzt, und die EU belegt sie bereits mit Sanktionen. Bequem – man legt selbst Vorwürfe vor, man bestraft selbst, und man muss nicht in den UN-Sicherheitsrat gehen. Es gibt ja auch eine Erklärung – wir haben doch eine «Allianz der effektivsten Multilateralisten», und wir bringen den anderen fortgeschrittene Erfahrungen bei. Und was die Frage angeht, dass es nicht demokratisch ist und den Prinzipien der wahren Multilateralität widerspricht, sagte Frankreichs Präsident *Emmanuel Macron* am 11. Mai dieses Jahres, dass der Multilateralismus nicht die Notwendigkeit bedeute, Einstimmigkeit zu erreichen, die Position der «Zurückgebliebenen» solle nicht ein Hindernis für die «ambitionierte Avantgarde» der Weltgemeinschaft sein.

Es sollte hervorgehoben werden: An Regeln an sich gibt es nichts Schlechtes. Im Gegenteil: Die UN-Charta ist ein Regelwerk, doch das sind die Regeln, die von allen Ländern der Welt und nicht im Rahmen eines engen Zirkels gebilligt wurden.

«Recht» und «Regel»

Es gibt übrigens ein interessantes Detail: Im Russischen haben die Wörter «Recht» und «Regel» denselben Stamm. Für uns ist eine richtige und faire Regel untrennbar vom Recht. In den westlichen Sprachen ist es anders. Im Englischen sind das die Wörter «law» («Recht») und «rule» («Regel»). Spüren Sie den Unterschied? «Rule» gilt nicht mehr für «Recht» (ich meine für allgemein anerkannte Gesetze), sondern dafür, welche Entscheidungen derjenige trifft, der regiert. Wir können auch sagen, dass «rule» das stammverwandte Wort «ruler» hat, und eine von seinen Bedeutungen ist «Lineal». Das bedeutet, dass der Westen mit seiner Kon-

zeption der «Regeln» alle zwingen will, sich nach seinem «Lineal» zu richten.

Im Kontext der linguistischen und weltanschaulichen Traditionen sowie der Gefühle verschiedener Völker ist auch erwähnenswert, wie der Westen die rücksichtslose Nato-Erweiterung in Richtung der russischen Grenzen rechtfertigt. Wenn wir daran erinnern, dass der Westen der Sowjetunion einst versprochen hatte, dies würde nie passieren, antwortet man uns: Na, das waren doch

Völkerrecht, sondern auch die Menschen-natur gefährdet wird. In manchen westlichen Ländern wird Schulkindern erzählt, dass *Jesus Christus* bisexuell gewesen wäre. Die Versuche vernünftiger Politiker, Kinder vor der aggressiven LGBT-Propaganda zu schützen, stossen im «aufgeklärten Europa» auf kampfplustige Proteste. Dabei werden die Grundlagen aller Religionen, der Gencode der wichtigsten Zivilisationen der Welt angegriffen. Die USA führen die offene Einmi-

«Weder die Nato noch die EU wollen ihre Politik verändern, die auf Unterwerfung anderer Regionen der Welt ausgerichtet ist, und schreiben sich selbst die globale «Messias»-Rolle zu. [...] Der Hochmut gegenüber anderen Mitgliedern der Weltgemeinschaft lässt den Westen auf der «falschen Seite der Geschichte». [...] Ernsthafte und sich selbst achtende Länder lassen sich solche Ultimaten nicht gefallen und bestehen auf einem gleichberechtigten Dialog über alle möglichen Fragen.»

nichts als mündliche Versprechen – es wurden keine Dokumente unterzeichnet. Naja, es ist nun einmal so: Im Westen gilt die sehr alte russische Tradition des Handschlags nicht: Man einigt sich ohne jegliche Dokumente auf etwas und hält auch Wort.

Unter den Bemühungen um den Ersatz des Völkerrechts durch die westlichen «Regeln» lässt sich die sehr gefährliche Tendenz zur Umdeutung der Geschichte bzw. der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, der Beschlüsse des Nürnberger Tribunals beobachten, die das Fundament der modernen Weltordnung bildeten. Der Westen weigert sich, in der Uno Russlands Resolution über Unzulässigkeit der Heroisierung des Nazismus zu unterstützen, lehnt unsere Aufrufe zur Verurteilung des Abrisses von Denkmälern für Europas Befreier ab. Man will auch die schicksalhaften Ereignisse der Nachkriegszeit vernachlässigen, unter anderem die Verabschiedung der UN-Deklaration über Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die von unserem Land initiiert wurde. Die einstigen Kolonialmächte wollen die Erinnerungen daran «ausradieren» und sie durch in Hektik ausgedachte Zeremonien ersetzen, beispielsweise durch das Niederknien vor Beginn von sportlichen Wettbewerben, indem sie das Ziel verfolgen, Menschen von ihrer historischen Verantwortung für die Verbrechen des Kolonialismus abzulenken.

Die «regelbasierte Weltordnung» verkörpert Doppelstandards

Die «regelbasierte Weltordnung» verkörpert Doppelstandards. Wenn es für einen nützlich sein kann, wird das Recht der Völker auf Selbstbestimmung als absolute «Regel» anerkannt. In diesem Zusammenhang sind die Malwinen-Inseln erwähnenswert, die 12 000 Kilometer weit weg von Grossbritannien liegen, oder die Ansprüche von Paris und London auf ihre entlegenen Ex-Kolonien, die sie trotz zahlreicher Beschlüsse der Uno und des Internationalen Gerichtshofs haben, und dabei haben sie gar nicht vor, diese Territorien zu

schung des Staates in die Angelegenheiten der Kirche an, indem sie sich unverhohlen für eine Spaltung der globalen Orthodoxie einsetzen, deren Werte sie als grosses geistiges Hindernis bei der Umsetzung der liberalen Konzeption der grenzenlosen Freizügigkeit betrachten.

Die Beharrlichkeit, ja, die Sturheit, mit der der Westen seine «Regeln» aufzwingt, ist einfach unglaublich. Es ist ja klar, dass es innenpolitische Überlegungen gibt, dass man den Wählern im Vorfeld von neuen Wahlen (und in den USA finden sie alle zwei Jahre statt) zeigen will, wie «cool» man in der Aussenpolitik ist, wenn es um Widerstand gegen «autoritäre Gegner» geht.

Aber das alles – «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» – geht doch auch aus der westlichen Phraseologie hervor. Ich weiss allerdings nicht, wie politisch korrekt es in Europa inzwischen ist (im Genderkontext), das Wort «Brüderlichkeit» zu verwenden, aber die «Brüderlichkeit» hat vorerst niemand angegriffen. Und indem der Westen Gleichheit und Demokratie innerhalb von Staaten propagiert und von anderen verlangt, seinem Beispiel zu folgen, weigert er sich (das wurde schon früher erwähnt), die Aufgaben zur Sicherung der Gleichberechtigung und Demokratie in den internationalen Angelegenheiten zu besprechen.

«Diese Vorgehensweise ist den Idealen der Freiheit total fremd»

Diese Vorgehensweise ist den Idealen der Freiheit total fremd. Hinter dem Gefühl der eigenen Überlegenheit zeichnen sich Schwäche und Angst vor offener Diskussion nicht nur mit denjenigen ab, die einem immer nur gehorchen, sondern auch mit Opponenten, die andere Überzeugungen und Werte haben – nicht ultraliberale oder «Neokons»-Werte, sondern solche Werte, Traditionen und Glauben, die sie mit der Muttermilch einsogen bzw. von ihren Vorfahren geerbt haben.

Die Konkurrenzfähigkeit von Ideen über die Weltentwicklung zu akzeptieren ist viel schwerer, als in einem engen Kreis (wo es

«Wir werden auch künftig eine solche Kultur der zwischenstaatlichen Beziehungen fördern, die sich auf die höchsten Werte der Gerechtigkeit stützen und sowohl grossen als auch kleinen Ländern eine friedliche und freie Entwicklung ermöglichen würde. Wir bleiben immer für einen fairen Dialog mit allen offen, die zur Suche nach einem Interessenausgleich bereit sind – auf der festen und unerschütterlichen Basis des Völkerrechtes. Das sind unsere Regeln.»

befreien; erwähnenswert ist auch das «unabhängige» Kosovo – wider die Resolution des UN-Sicherheitsrats. Aber wenn das Selbstbestimmungsprinzip den geopolitischen Interessen des Westens widerspricht (wie das nach der freien Willensäusserung der Krim-Einwohner für das gemeinsame Schicksal mit Russland der Fall war), «vergisst» man es und verurteilt die freie Wahl der Menschen, die dafür mit Sanktionen bestraft werden.

Gefährdete Menschennatur

Die Konzeption der «Regeln» kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass nicht nur das

keine grundsätzlichen Diskussionen gibt und wo dementsprechend die Wahrheit nicht entstehen kann) Rezepte für die ganze Menschheit auszudenken. Aber wenn man sich auf universalen Plattformen einigt, macht das solche Vereinbarungen viel zuverlässiger, stabiler und objektiv prüfbar.

Komplex der eigenen Ausserordentlichkeit

Die westlichen Eliten, die den Komplex der eigenen Ausserordentlichkeit haben, können diese Tatsache nur sehr schwer einsehen. Wie bereits erwähnt, haben die EU- und Nato-

Spitzenpolitiker gleich nach den Verhandlungen der Präsidenten Wladimir Putin und Joe Biden Erklärungen gemacht, dass ihre Vorgehensweise gegenüber Russland konstant bleibe. Mehr noch: Sie seien angeblich zur weiteren Verschlechterung der Beziehungen mit Moskau bereit.

Dabei wird die EU-Politik immer häufiger von einer aggressiven antirussischen Minderheit bestimmt, was sich beim EU-Gipfel am 24. und 25. Juni in Brüssel voll und ganz bestätigte, auf dem die Perspektiven der Beziehungen mit Russland besprochen wurden. Die Initiative *Angela Merkels* und Emmanuel Macrons zu einem Treffen mit Wladimir Putin wurde sofort begraben. Beobachter verwiesen darauf, dass die USA mit dem russisch-amerikanischen Treffen in Genf dieser Initiative quasi «grünes Licht» gegeben haben, doch die baltischen Länder und Polen haben die Eigeninitiative von Berlin und Paris unterbunden (und die Botschafter Deutschlands und Frankreichs in Kiew wurden ins ukrainische Aussenministerium einbestellt und gezwungen, sich für diese Eigeninitiative zu rechtfertigen). Zum Abschluss der Diskussionen in Brüssel wurde der Auftrag an die EU-Kommission und den Europäischen Aussenpolitischen Dienst gegeben, neue Sanktionen gegen Moskau zu entwickeln – vorerst ohne Hinweise auf diese oder jene «Sünden», aber die Sanktionen sollen für alle Fälle parat sein. Und eventuell könnte man sich noch etwas einfallen lassen.

Auf die Unterwerfung anderer Regionen der Welt ausgerichtet

Weder die Nato noch die EU wollen ihre Politik verändern, die auf Unterwerfung anderer Regionen der Welt ausgerichtet ist, und schreiben sich selbst die globale «Messias»-Rolle zu. Die Nordatlantische Allianz beteiligt sich aktiv an der US-Strategie der «Indo-pazifischen Region» (zwecks Eindämmung Chinas), die die zentrale Rolle des *Asean* in der sich seit Jahrzehnten etablierten offenen Architektur der asiatisch-pazifischen Kooperation zerstört. Die EU arbeitet ihrerseits an Programmen zur «Erschliessung» von benachbarten (und auch nicht gerade benachbarten) geopolitischen Räumen, ohne sich mit eingeladenen Ländern besonders zu beraten. So beispielsweise die «Östliche Partnerschaft» und das von Brüssel vor kurzem gebilligte Programm in bezug auf Zentralasien. Solche Vorgehensweisen widersprechen grundsätzlich den Vorgehensweisen der Integrationsvereinigungen unter Beteiligung Russlands: der GUS, der OVKS, der Eurasischen Wirtschaftsunion, der SOZ, die die Beziehungen mit ihren äusseren Partnern nur paritätisch und für beide Seiten nützlich entwickeln.

Der Hochmut gegenüber anderen Mitgliedern der Weltgemeinschaft lässt den Westen auf der «falschen Seite der Geschichte».

Russland besteht auf einem gleichberechtigten Dialog

Ernsthafte und sich selbst achtende Länder lassen sich solche Ultimaten nicht gefallen und bestehen auf einem gleichberechtigten Dialog über alle möglichen Fragen.

Was Russland angeht, so hätte man schon längst verstehen müssen, dass unter den Hoffnungen darauf, dass man mit uns nur «in eine Richtung» spielen kann, endgültig der Schlussstrich gezogen worden ist. Alle Beteuerungen der westlichen Hauptstädte, sie wären zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Moskau bereit, wenn es Reue zeigt und sein Verhalten ändert, sind inzwischen sinnlos; und die Tatsache, dass man immer noch einseitige Forderungen an uns stellt, zeugt nur von der Unfähigkeit, die Situation adäquat zu bewerten.

Schutz der eigenen nationalen Interessen

Der Kurs in Richtung selbständiger und unabhängiger Entwicklung, nach dem Schutz der eigenen nationalen Interessen bei gleichzeitiger Bereitschaft zu gleichberechtigten Vereinbarungen mit äusseren Partnern bildet schon seit langem die Basis aller grundlegenden Dokumente der Russischen Föderation auf den Gebieten Aussenpolitik, nationale Sicherheit und Verteidigung. Aber

Fortsetzung auf Seite 7

Humane Energie braucht Freiheit

von Carl Bossard

Wer junge Menschen auf ihrem Lern- und Lebensweg begleitet, braucht Freiheit. Das geht bei Reformen oft vergessen, auch beim jüngsten KV-Umbau. Plädoyer für die Renaissance eines verschütteten Begriffs.

«Wer den Gebrauch der Freiheit fürchtet, ist ihr heimlicher Gegner.» So schrieb Hans Saner, Philosoph und persönlicher Assistent von Karl Jaspers.¹ Es ist ein eindrücklicher Satz. Und Saner fügte bei: «Viele möchten Freiheit gewähren, wenn sie nur wüssten, dass keiner Gebrauch davon macht.»

Umstellung auf «Output-Steuerung»

Wer in die Schullandschaft blickt und die vielen Reformen der vergangenen Jahre betrachtet, erkennt schnell, was sich radikal verändert hat: Den Schulen wird nicht mehr vorgegeben, was sie inhaltlich zu unterrichten haben. Heute wird detailliert dekretiert und genau geregelt, was die Schülerinnen und Schüler am Ende können müssen – und teilweise auch verordnet, wie das zu erreichen sei. Festgelegt werden (Einzel-)Kompetenzen, und zwar ausserordentlich kleinparzelliert. Im Fach Musik beispielsweise wird von einem Kind gefordert: «Kann seinen Körpersensomotorisch wahrnehmen und musikbezogen reagieren.»

Das bedeutet, so sagt die Wissenschaft, einen Paradigmenwechsel: Die staatliche Strategie stellt von der «Input-» auf die «Output-Steuerung» um. So soll die Effizienz schulischer Bildungsarbeit erhöht und der Unterricht am operationalisierten Output gemessen werden. Nun werden bereits fünfjährige Kindergärtler auf Buchstaben getestet und auf Zahlen überprüft.

Der pädagogische Alltag ist regulierungsversessen

Lehrerinnen und Lehrer konstatieren darum den Verlust von beruflicher Freiheit und den Vormarsch einer reglementierenden Verwaltung; sie will sicher sein und die Qualifikationsziele mit einer Vielzahl von Vorschriften und Regelungen erreichen. Das geht eben nur mit umfangreichen Vorgaben. Erinnerung sei an den fülligen Lehrplan 21. Er zählt 470 Seiten und umfasst 363 Kompetenzen, unterteilt in über 2300 Kompetenzstufen. Doch zu viele Direktiven lähmen den Geist und hemmen Spontaneität wie Kreativität. Die Faustregel: je dicker und dichter das Regelwerk, desto beschränkter und begrenzter die Freiheit.

«Über Recht, Rechte und Regeln»

Fortsetzung von Seite 6

das praktische Vorgehen des Westens in den letzten Jahren (auch seine hysterische Reaktion auf Moskaus Verteidigung der Rechte von Russen nach dem blutigen Umsturz in der Ukraine 2014, den die USA, die Nato und die EU unterstützt hatten) zeugt davon, dass man dort offenbar gedacht hatte, dies alles wäre nicht so ernsthaft – Russland hätte seine Prinzipien verkündet, doch das wäre egal, und man müsste nur noch die Interessen der Eliten beschränken und personenbezogene finanzielle und andere branchenbezogene Sanktionen ausbauen – und Moskau würde sich besinnen und begreifen, dass es ohne «Veränderung des eigenen Verhaltens» (sprich ohne Gehorsam gegenüber dem Westen) immer grössere Schwierigkeiten bei der eigenen Entwicklung haben würde. Und selbst als wir klar und deutlich sagten, dass wir diese Linie der USA und Europas als neue Realität wahrnehmen und deshalb unsere Arbeit in der Wirtschaft und in anderen Bereichen unter Berücksichtigung der Unzulässigkeit unserer Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern fortsetzen werden, dachte man dort, Moskau würde sich am Ende des Tages besinnen und Zugeständnisse akzeptieren, um davon materiell zu profitieren. Ich muss abermals das betonen, was Präsident Putin schon häufiger sagte: Einseitige Zugeständnisse, wie das in den späten 1990er Jahren der Fall war, gab es seit dieser Zeit nie mehr und wird es auch nie mehr geben. Wer kooperieren und seine versäumten Profite und den verlorenen geschäftlichen Ruf zurückerobert will, muss



(Bild A. Wetekamp)

In den Tentakeln administrativer Fesseln

Die vielen Vorgaben verlangen Absprachen und Koordinationen im Team; sie führen zu strukturell bedingter Mehrarbeit – dies bei zunehmend heterogeneren und anspruchsvolleren Klassen. So erstaunt es nicht, dass «viele Lehrpersonen ihr Pensum reduzieren, um sich vor Überlastung zu schützen», wie Christian Hugi, der Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, kürzlich konstatiert.² Das führt beispielsweise im Kanton Zürich dazu, dass im Moment noch rund 550 Stellen fürs neue Schuljahr unbesetzt sind.

Viele fühlen sich gefangen in den Tentakeln administrativer Fesseln mit ihrer lähmenden Wirkung. Sie beklagen das Korsett künstlich konstruierter Komplexität heutiger Schulwelten. «Alles ist so eng strukturiert», erklärt eine 31jährige Aussteigerin.³ Und ein erfahrener Lehrer resümiert seine Unterrichtsjahre mit «Schule in Ketten»: Es würde immer strenger normiert.⁴ So verwundert es nicht, dass jede sechste Lehrperson bereits im ersten Jahr kündigt und die Hälfte der neuen Lehrkräfte spätestens nach fünf Jahren das Schulzimmer wieder verlässt, wie eine Studie zeigte. Der Lehrermangel spitzt sich zu.

Freiheit hat ein Korrelat: Verantwortung

Freiheit sei für die Bildung «die erste und unerlässliche Bedingung», schrieb der Reformator des preussischen Bildungswesens und Theoretiker der Freiheit, Wilhelm von Humboldt.⁵

am Verhandlungstisch Platz nehmen und darüber reden, wie wir aufeinander zukommen könnten, um faire Entscheidungen und Kompromisse zu finden.

Was der Westen verstehen sollte

Für den Westen wäre es prinzipiell wichtig zu verstehen, dass das russische Volk schon längst diese Lebensanschauung hat, welche die Ansichten der absolut meisten Einwohner Russlands widerspiegelt. Diejenigen der «unversöhnlichen» Opponenten der russischen Macht, auf die der Westen setzt und die Russlands Probleme in der «antiwestlichen» Einstellung sehen und von uns einseitige Zugeständnisse verlangen, damit die Sanktionen abgeschafft werden und damit wir mit hypothetischen materiellen Profiten rechnen dürften, vertreten ein absolut marginales Segment unserer Gesellschaft. Auf der Pressekonferenz in Genf am 16. Juni erläuterte Präsident Putin klar und deutlich, welche Ziele der Westen bei der Unterstützung dieser marginalen Kreise verfolgt.

Sie widersprechen der historischen Nachhaltigkeit unseres Volkes, das immer – und besonders in schweren Zeiten – seine Reife, seinen Selbstrespekt, seine Würde und seinen Nationalstolz sowie seine Fähigkeit zum selbständigen Denken zeigte und dabei offen für die restliche Welt blieb, wenn das gleichberechtigt und beiderseitig nützlich ist. Gerade diese Eigenschaften der Russen bildeten nach den Irrungen und Wirrungen der 1990er Jahre das Fundament der ausserpolitischen Konzeption Russlands im 21. Jahrhundert. Sie sind imstande, das Vorgehen ihrer Führung ohne Hinweise aus dem Ausland einzuschätzen.

Vermutlich wusste der grosse Bildungsreformer: Wer mit Schülerinnen und Schülern unterwegs ist, braucht Freiheit. Er braucht sie zum Unterrichten wie den Morgenkaffee zum Aufwachen. Freiheit als Elixier! Doch es ist nicht die ungebundene, unkontrollierte Freiheit, sondern die Freiheit von unnötigen Proforma-Vorschriften und formalen Vorgaben, von Normen und Fesseln. Es ist nicht die Freiheit zum pädagogischen Dolcefar niente, gar zum Schlendrian oder Minimalismus, nein, es ist die Freiheit zur Wahl des «méthodos», des Weges zum Ziel.

Gemeint ist die Freiheit zur Gestaltung des schulischen Auftrags und zum pädagogischen Wirken mit den Kindern und Jugendlichen – zugunsten der Klasse, für die eine Lehrerin, ein Lehrer verantwortlich zeichnet. Und dieser letzte Punkt enthält das entscheidende Korrelat zur Freiheit: Verantwortung. Freiheit und Verantwortung bilden ein Junktim – sie sind so etwas wie zwei wichtige Säulen guten Unterrichts und guter Schulen. Sie dürfen sich nicht entkoppeln, denn ohne persönliche Verantwortung degeneriert Freiheit zur Willkür.

Das Humane lässt sich nicht mit Vorschriften erzwingen

Verantwortung wahrnehmen braucht Freiheit. Darum darf Freiheit in den Schulen nicht ersticken. Man muss sie immer wieder aus dem Sand freischaufeln, sonst bleibt sie nichts als versäumte Wirklichkeit. Für die meisten

Plattformen des Dialogs

Was die Perspektiven für die weiteren Beziehungen in der internationalen Arena angeht, so hat es immer Leader gegeben – und es wird sie immer geben, aber sie sollten ihre Autorität unter Beweis stellen, Ideen vorschlagen und Menschen anführen, doch mit Hilfe ihrer Überzeugungskraft und nicht durch Ultimaten. Die natürliche Plattform für allseitig akzeptable Vereinbarungen ist und bleibt unter anderem die G20, die die alten und neuen führenden Wirtschaften vereinigt, insbesondere die G7, die *Brics* und deren Gleichgesinnte. Ein grosses konsolidierendes Potential hat Russlands Initiative zur Bildung der Grossen eurasischen Partnerschaft durch Bündelung der Kräfte aller Länder und Organisationen des Kontinents. Für ein ehrliches Gespräch über die Schlüsselprobleme der globalen Stabilität hat Präsident Putin für die Einberufung eines Gipfeltreffens des «Quintetts» der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats plädiert, die eine besondere Verantwortung für Frieden und Stabilität in der Welt tragen.

Demokratisierung der internationalen Beziehungen

Zu den Aufgaben zur Demokratisierung der internationalen Beziehungen und zur Festigung der Realität der polyzentrischen Weltordnung gehört die Reform des UN-Sicherheitsrats, der durch Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika gefestigt werden sollte, so dass die anomale Repräsentanz des kollektiven Westens in diesem wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen ein Ende finden sollte.

Unabhängig von den Ambitionen dieser oder jener Länder und von den Gefahren,

Lehrpersonen ist Freiheit eine Grundbedingung. In der Freiheit liegt der Kern des ganzen pädagogischen Wirkens.

Nur so können Lehrerinnen und Lehrer situativ richtig reagieren, spontan auf die Kinder eingehen und aus dem Moment heraus Kreatives entstehen lassen. Humor und Witz, Imagination und Fantasie blühen nicht im engen Kleid der Vorschriften; sie brauchen einen Humus der Freiheit. Das Humane aber lässt sich nicht mit Vorschriften erzwingen. Was uns menschlich anspricht, können wir nicht ins Numerische outsourcen oder über bürokratische Fesseln steuern.

Humane Energie kommt aus Freiheit

Eine wirksame Bildungspolitik müsste mehr an den Menschen glauben und weniger an Systeme und Strukturen. Gute Lehrerinnen, gute Lehrer mit Einfühlungsvermögen und fachlicher Leidenschaft sind das A und O der Schule. Sie brauchen aber Freiheiten – nicht primär Vorschriften. Sie brauchen Vertrauen – und keinen Druck durch Dekrete. Humane Energie kommt aus Freiheit, nicht aus lehrmethodischen Direktiven und operativ engen Vorgaben, wie sie eine aktuelle Bildungspolitik verordnet.

Politik und Verwaltung müssten darum den Lehrpersonen wieder mehr Freiheiten ermöglichen und sie gleichzeitig ermutigen, davon Gebrauch zu machen. Das erfordert Mut, weil Freiheit immer auch missbraucht werden kann. In diesem Fall müssten Schulleitungen intervenieren. Schnell und unzögerlich. Einen Freiheitskonflikt austragen ist immer noch besser, als wenn Lehrpersonen in der Konformität friedlich verkümmern, wie es der Philosoph Hans Saner einst ausgedrückt hat.⁶

¹ Saner, Hans. *Die Anarchie der Stille*. Basel: Lenos Verlag, 1996, S. 154

² Donzé, René. «Zürcher Lehrer sollen mehr arbeiten». In: *NZZ am Sonntag* vom 23.5.2021, S. 12

³ Sigg, Pascal; Kuster, Sabine. «Drang nach Freiheit: Warum viele junge Lehrer wieder aussteigen». In: *St. Galler Tagblatt* vom 21.6.2016

⁴ Meier, Walter. *Schule in Ketten*. Sachroman. Muri b. Bern: Eigenverlag, 2015

⁵ von Humboldt, Wilhelm. *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*. Stuttgart: Reclam, 2006, S. 22

⁶ Saner, Hans. *Zwischen Politik und Getto. Über das Verhältnis des Lehrers zur Gesellschaft*. Basel: Lenos und Z-Verlag, 1979, S. 27

Quelle: *Journal 21* vom 12.6.2021

die von diesen oder jenen Ländern ausgehen, wird unser Land auch weiter eine souveräne und unabhängige Aussenpolitik ausüben, aber gleichzeitig immer eine vereinigende Tagesordnung in den internationalen Angelegenheiten auf Basis der Realität der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt der Welt voranbringen. Konfrontation – egal wie sie motiviert ist – ist nicht unsere Wahl. Präsident Putin betonte in seinem Artikel «Offen sein trotz der Vergangenheit» vom 22. Juni 2021: «Wir können es uns einfach nicht leisten, die Bürde von früheren Missverständnissen, Ärgernissen, Konflikten und Fehlern herumzuschleppen» – und rief zur Sicherheit ohne Trennungslinien, zum einheitlichen Raum der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der gemeinsamen Entwicklung auf. Diese Vorgehensweise ist durch die jahrtausendelange Geschichte Russlands bedingt und entspricht voll und ganz den Aufgaben seiner heutigen Entwicklung. Wir werden auch künftig eine solche Kultur der zwischenstaatlichen Beziehungen fördern, die sich auf die höchsten Werte der Gerechtigkeit stützen und sowohl grossen als auch kleinen Ländern eine friedliche und freie Entwicklung ermöglichen würde. Wir bleiben immer für einen fairen Dialog mit allen offen, die zur Suche nach einem Interessenausgleich bereit sind – auf der festen und unerschütterlichen Basis des Völkerrechtes. Das sind unsere Regeln.

Quelle: https://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/-/asset_publisher/cKNonkJE02Bw/content/id/4801890 vom 28.6.2021 (Die offizielle Übersetzung des russischen Aussenministeriums wurde an ein einigen Stellen durch die Redaktion *Zeit-Fragen* sprachlich angepasst.)

Was brauchen wir im letzten Lebensabschnitt?

Bericht einer Altenpflegerin

von Maria Froitzheim, Heike Hupe, Marilies Kupsch, Sylke Reeckmann, Köln

Obwohl Deutschland zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard Europas und der Welt gehört, schneidet es bei der Anzahl von Pflegekräften im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schlecht ab. In Deutschlands Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht seit langer Zeit ein Pflegenotstand, der sich durch die Corona-Krise verschärft hat. Viele kleinere Krankenhäuser und Intensivstationen wurden bereits vor der Pandemie geschlossen, Stellen für das Pflegepersonal und Ärzte wurden weggespart, der Pflegeschlüssel wurde geändert. Sogar an Hygieneartikeln wurde gespart, so dass in Pflegeheimen zum Beispiel immer wieder weder genügend Handschuhe noch Masken vorhanden waren. Der Präsident des deutschen Pflegegerats Franz Wagner sieht mittelfristig einen Bedarf von zusätzlich 50000 Stellen.

Der Pflegenotstand in Deutschland

Obwohl dieser Notstand zu Beginn der Corona-Krise deutlicher wurde, die Pflegekräfte für ihren hohen Einsatz beklatscht wurden und den Forderungen nach Verbesserung Versprechungen und auch einige Änderungen folgten, hat sich die Situation bis heute nicht grundlegend verbessert, sondern verschlechtert, da Tausende von Pflegekräften kündigen.

Die Corona-Krise hat die ganze Misere wie in einem Brennglas verdeutlicht. Die Ursache für den Misstand liegt in der etwa dreissigjährigen Wirtschaftsform des Neoliberalismus, durch die der Profit an die erste Stelle getreten und das Gemeinwohl als oberstes Prinzip sowie Sinn und Zweck der Wirtschaft aufgegeben worden ist. Wie in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind auch im Gesundheitssystem nicht mehr der Mensch und seine Bedürfnisse die Massgabe, sondern der grösstmögliche materielle Gewinn. Hieraus erklären sich die viel zu schlechte Bezahlung und eine geringe Wertschätzung der Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger. Es gibt zu wenig qualifizierte Kräfte, Zeitarbeitsfirmen zahlen teilweise höhere Löhne und sorgen für hohe Fluktuation und ein schlechtes Klima unter den Beschäftigten. Durch den Personal-mangel leisten die Pflegekräfte viele Überstunden. Sie sind gezwungen, unter unwürdigen Bedingungen gegen ihr eigenes Ethos zu arbeiten, und deshalb völlig überlastet.

Persönlicher Bericht einer Altenpflegerin

Der Bericht einer Altenpflegerin, die aus diesen Gründen kürzlich schweren Herzens ihre Arbeit in einem privaten Altenpflegeheim kündigte, verdeutlicht die Diskrepanz zwischen dem, was eigentlich die Arbeit der Pflege eines alten und kranken Menschen ausmacht, und dem, was heute durch den Neoliberalismus trauriger Alltag in der Pflege geworden ist.

Frau R., eine sechzigjährige, ausgebildete Pflegefachkraft, entschied sich nach langjähriger ambulanter Pflgetätigkeit zu Beginn der Krise, in einem Altenheim die pflegerische Leitung einer Quarantänestation zu übernehmen. Auf Grund ihrer qualifizierten Ausbildung, ihrer Erfahrung und ihres hohen Engagements brachte sie die nötige Sicherheit und Ruhe für diese verantwortungsvolle Aufgabe mit. Sie begann ihre Arbeit mit grosser Freude, führte die Station erfolgreich und genoss bald sowohl bei den alten Menschen als auch bei ihren Kollegen ein hohes Ansehen. Nachdem die Aufrechterhaltung der Quarantänestation nicht mehr nötig war, entschied sich Frau R., sich weiter zu engagieren und auf einer anderen Station zu arbeiten. Leider verschlechterten sich mit der Zeit die Bedingungen. Dies zeigte sich in einem immer grösser werdenden Mangel an Pflegekräften, zudem in einer schlechten Führung, durch die sich die Pflegekräfte ungerecht behandelt und nicht geschätzt fühlten. Hinzu kam die Anordnung, fachfremde Aufgaben erfüllen zu müssen (zum Beispiel als Hauswirtschafterin Pflegearbeiten zu übernehmen). Frau R. versuchte, im Namen ihrer Kolleginnen mit dem Leiter des Heims zu sprechen und sich für bessere Bedingungen einzusetzen, stiess hierbei aber auf Unverständnis und Ignoranz. Nach langer Zeit der Arbeit unter diesen unwürdigen Bedingungen kündigte sie trotz der Sorge um



(Bild keystone)

die alten Menschen und ihre Kolleginnen, um nicht selbst krank zu werden.

Die Lebenssituation des alternden Menschen

Frau R. hat uns sehr eindrucksvoll berichtet, wie sie mit den alten Menschen gearbeitet hat und wie es ihr gelungen ist, ihnen näherzukommen und Hoffnung zu geben. Wir haben versucht, ihre Worte im wesentlichen zusammenzufassen:

Die Lebenssituation des alternden Menschen ähnelt der Phase zu Beginn des Lebens. Durch den Verlust der körperlichen oder auch geistigen Fähigkeiten wird der alte Mensch zunehmend abhängig von seinen Mitmenschen und gerät – ähnlich wie ein Kleinkind – in eine emotional hochempfindliche Lage. Der Tod rückt näher, die Angst vor Schmerzen, Einsamkeit und dem Sterben wird grösser. Immer mehr stellt sich die Frage, ob man ein guter Mensch gewesen ist.

Beim Einzug in ein Altenheim kommt zu dieser schon schwierigen Situation ein gravierender Einschnitt hinzu, wodurch die Sorgen und Ängste oft zunehmen. Auch die dementen Menschen empfinden dies so. Oftmals werden sie ganz plötzlich für immer aus ihrer gewohnten Umgebung, ihrem Zuhause, das ihnen noch einen gewissen Grad an Sicherheit gegeben hat, herausgerissen. Der eigene, freie Lebens- und Gestaltungsraum fällt zunehmend weg. Die Angst, allein gelassen zu werden, die Schwierigkeit, sich auf ein ganz neues, fremdes Umfeld einzustellen und sich in die Abhängigkeit von unbekanntem Menschen zu begeben, führen oftmals zu Orientierungslosigkeit, Depressionen oder manchmal sogar Suizidgedanken.

Die Aufgabe einer Pflegekraft ist es nun, die Menschen in dieser hochsensiblen Situation aufzufangen und sie in ihrem letzten Lebensabschnitt zu begleiten, ihnen pflegerisch und menschlich behilflich zu sein, für die anstehenden Probleme Lösungen zu finden und den Weg gemeinsam mit ihnen

zu gestalten. Dieser Weg kann lang oder auch sehr kurz sein. Manchmal geht es den alten Menschen beim Einzug noch nicht so schlecht, manche bauen danach rapide ab, manche leben noch einige Jahre im Heim. Viele verlieren mit der Zeit den Bezug zur Aussenwelt. Die Pflegekräfte bringen ihnen ein Stück weit die Welt in ihre Abgeschlossenheit zurück. Ihre Aufgabe ist es, die Sorgen und Ängste zu verstehen und gemeinsam mit den alten Menschen ihre spezielle Situation gut zu gestalten. Frau R. berichtet, dass manchmal ein Gespräch hilft, manchmal eine spontane Geste oder eine Gefälligkeit, die über die normale Arbeit hinausgeht, damit der alte Mensch sich gesehen fühlt.

Für ganz wesentlich hält sie aus ihrer Erfahrung, dass Einfühlung und Zuwendung von dem Gefühl der Hoffnung und der Zuversicht geprägt sind: Man wird sich mit der Zeit kennenlernen, befreunden, die Last gemeinsam tragen, kooperieren und langsam Schritt für Schritt in dem Tempo voranschreiten, das der alte Mensch vorgibt. Die Pflegekraft kann behilflich sein, sich mit dem Leben und der neuen Situation zu versöhnen. Ausschlaggebend ist die Art der Zuwendung, nicht die Zeit dafür.

Für eine solche Art der Unterstützung bedarf es einer grossen Selbstsicherheit und Offenheit des Pflegenden. In der Interaktion muss er frei von eigenen Gedanken, Sorgen und Unsicherheiten sein und Optimismus ausstrahlen. Er darf die Eigenarten oder auch Unarten der alten Menschen nicht auf sich beziehen und ihnen gegenüber keine Angst haben. Nur so kann es gelingen, ihnen Vertrauen, Geborgenheit und Sicherheit zu vermitteln.

Einige alte Menschen haben Frau R. zum Ausdruck gebracht, dass sie für sie wie eine Mutter war. Ein hohes Verantwortungsbewusstsein sowie Anstrengungsbereitschaft, Unabhängigkeit und Verbindlichkeit konnte bzw. musste Frau R. schon als Kind in ihrer eigenen Lebenssituation entwickeln und trainieren. Ihre Lebenserfahrungen, eine lange, ernsthafte Auseinandersetzung mit den eige-

nen Gefühlen und psychologische Kenntnisse helfen ihr, den alten Menschen zu verstehen und mit ihm eine Einheit zu bilden, die Hoffnung und Kraft gibt, das Leiden zu lindern.

Frau R. weist aber auch auf die Notwendigkeit der Kooperation aller Personen hin (Team), die den alten, insbesondere den schwerstkranken oder sterbenden Menschen umgeben. Hier ist es besonders wichtig, die Beobachtungen und Handlungen aller Beteiligten zusammenzutragen und anzuleiten, sei es die der Angehörigen, des Arztes, des Pfarrers, der Hauswirtschafts- oder Reinigungskraft. Diese hohe Verantwortung liegt auch in der Hand der Pflegekraft, da sie die Situation des alten Menschen am besten kennt. Sie begleitet, tröstet und unterstützt die Angehörigen. Die Erfahrung der Pflegekraft im Umgang mit Schwerkranken und Kenntnisse in der Palliativpflege sind in hohem Mass von Bedeutung für die Linderung von Schmerzen und die Beruhigung des Kranken. Sie erkennt die ersten Anzeichen des Todes und leitet die notwendigen Schritte der Begleitung ein. Sie sorgt dafür, dass der Sterbende nicht allein gelassen wird, sondern wie am Anfang seines Lebens wie von der Mutter umsorgt und behütet wird.

Resümee

Dies alles zeigt, welche hohe Anforderungen, Fähigkeiten und Kenntnisse, persönliche Stabilität und Belastbarkeit von Altenpflegern in ihrem Beruf erforderlich sind, um ihn mit Freude und Genugtuung ausüben zu können. Es zeigt auch, dass ihre Aufgabe eine zutiefst menschliche und beglückende Arbeit sein kann, wenn die Voraussetzungen in der eigenen Person und den Arbeitsbedingungen gegeben sind.

Frau R. hat uns mit ihrem bewegenden Bericht einen Einblick in die Situation der alten Menschen generell und in ihre Situation in einem Altenheim gegeben. Angesichts dessen, was diese Generation aus grosser Not mit ihrer Tüchtigkeit für uns geschaffen hat – den Wohlstand, in dem wir leben – sind wir ihr zu grossem Dank und zur Sorge für ein würdiges Lebensende verpflichtet. Dies wird in beschämender Weise heute vielfach vergessen und zeigt sich z. B. im Pflegenotstand.

Unsere alten Menschen sind zudem Zeitzeugen der Vergangenheit, ihre Weisheit und ihre Erfahrung sind ein hohes Gut, von dem die jüngere Generation aus vielen Gründen sehr profitieren kann. Den Altenpflegern, die engagiert trotz unwürdiger Bedingungen jeden Tag im verborgenen die hochanspruchsvolle Begleitung unserer alten Menschen auf dem letzten Stück ihres Lebensweges übernehmen, sind wir selbstverständlich auch zu grossem Dank verpflichtet.

Dank an Frau R. für ihr Engagement und für ihren Bericht!

LESER  BRIEF

Dass man sich schämen muss als Deutscher

Ich bin unglaublich froh über Ihre Zeitung. Angelogen zu werden ist eine Beleidigung und verstösst wie manches andere gegen unser Grundgesetz: «Die Würde des Menschen ist unantastbar!» Besonders wenn Lügen dazu dienen sollen, Kriegsgründe zu manipulieren.

Ich lebe seit einem Jahr im Pflegeheim. Hier arbeiten viele Nationen in jugendlichem Alter friedlich zusammen. Diese Pfleger helfen uns Pflegebedürftigen, trotz grossem Personalmangel, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Aus Nepal kommt eine junge Pflegerin, drei in unserer Etage kommen aus Russland, gegen das gehetzt wird, dass man sich schämen muss als Deutscher. Gorbatschow scheint vergessen zu sein. Ich habe Freunde in Nowosibirsk, kennengelernt in der transsibirischen Eisenbahn. Sie waren zur Zeit Gorbatschows für zwei Wochen hier unsere Gäste. Ich war

zwei Wochen in Nowosibirsk, im Uni-Stadtteil Akademgorodok. Fahrt mit der Bahn durch Kasachstan nach Alma Ata, Gebirgstour bis auf fast 3000 Meter Höhe, nahe Alma Ata. Nirgendwo fand ich Hass, trotz zerstörerischem Zweiten Weltkrieg mit rund 27 Millionen Toten. Nicht einmal in St. Petersburg alias Leningrad. Es liegt eine gesteuerte, höchst ungerechte Vergangenheitsbewältigung vor, Holocaust in aller Munde, russisches Leidengrosenteils totgeschwiegen. Es sieht für mich so aus, als wären wir als «Wiedergutmachung» verpflichtet, uns an neuem Unrecht im Rahmen der Nato zu beteiligen. Solchermassen gebiert altes Unrecht neues Unrecht. Deutschland und Frankreich sind ein Glücksfall, die «Kette» wurde unterbrochen.

Ernst Udo Kaufmann,
Müllheim (bei Freiburg i. Br.)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.